



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inventionsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Weichschrift 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 289. Morgen-Ausgabe.

Sechshundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trevesdt.

Sonnabend, den 24. Juni 1865.

## Einladung zur Pränumeration.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement, wozu wir hierdurch ergebenst einladen, die auswärtigen Leser ersuchend, ihre Bestellungen bei den nächsten Post-Anstalten so zeitig als möglich zu machen, damit bei Beginn des Quartals das hiesige königl. Postamt in der Lage ist, allen Anforderungen genügen zu können.

Der vierteljährige Abonnements-Preis beträgt am hiesigen Orte 2 Thlr., auswärts im ganzen preussischen Staate mit Porto 2 Thlr. 11 1/2 Sgr., in den russischen Staaten (nach dem Warschauer Zeitungskatalog für 1865) 4 Rubel 37 Kop., in den österreichischen Staaten 4 Fl. 16 Kr. österr. Währung.

Die Expedition.

### Die Militärfrage in der letzten Session.

(Schluß.)

Der Entwurf eines Militärgesetzes, welchen die Regierung in der abgelaufenen Session im Abgeordnetenhaus einbrachte, mußte selbst die bescheidensten Erwartungen täuschen. Irgend einen entgegen kommenden Schritt hatte man nach der Thronrede doch erwartet. Verschiedene Abgeordnete suchten deshalb, namentlich bei Einbringung des Budgets und durch den Antrag auf Vorberatung des letzteren im Plenum, die Regierung zu einer Erklärung zu provozieren: worin sie denn eigentlich Concessionen in Aussicht stellen wollte. Die Minister schwiegen consequent, sie brachten selbst die Militär-ovelle ohne jegliche Motive ein.

Man war anfangs vielfach geneigt, den Mangel an Motiven damit zu erklären, daß die Regierung Concessionen in petto hätte und nur auf den geeigneten Moment wartete, mit denselben vorzutreten. Die Taktik des Kriegsministers in der Militär-Commission schien diese Annahme zu unterstützen. Herr v. Roon erklärte wiederholt, daß „die Staatsregierung auf die ausführliche Geltendmachung ihres bisherigen Standpunktes verzichten wolle“. Und bei einer späteren Gelegenheit sagte er: „Die Staatsregierung müsse mit ihrem letzten Worte zurückhalten; sie könne sich über keine Vorschläge aussprechen, so lange derselben die Majorität im Hause nicht gesichert sei.“ — Durch dieses Verfahren gelang es, das Land Wochen hindurch in Athem zu halten. Zahlreiche Wähler und Gewählte bemühten sich mit allen Kräften, auf so unbestimmte Erklärungen hin das letzte verglimmende Fünkchen der Hoffnung wieder anzufachen — um nachher desto bitterer enttäuscht zu werden.

Hätte nicht das brennende Verlangen nach Verständigung in vielen Kreisen des Volkes die ruhige Ueberlegung unmöglich gemacht, es könnte sich Niemand solchen Illusionen hingeben. Der Gesetzentwurf allein mußte jede Hoffnung zu nichte machen. In dem Entwurfe trat hervor, daß zwischen den Forderungen der Regierung und dem, was das Abgeordnetenhaus seit fünf Jahren für nöthig erklärt hatte, auch nicht einmal eine Verbindung versucht war. Das Wesen der Vorlage concentrirte sich vielmehr in dem an das Abgeordnetenhaus gestellten Verlangen: die Reorganisation thatsächlich und rechtlich in ihrer Vergangenheit und Gegenwart anzuerkennen; für die Zukunft aber der Regierung völlige Ungebundenheit in Vermehrung der Cadres und des Präsenzstandes des Heeres zuzugestehen, und die Pflicht zur Bewilligung der Geldmittel für einen solchen Umfang der Armee zu übernehmen, wie ihn die Kriegsverwaltung als notwendig erachten werde.

Sonach hätte sich, nach Annahme des Gesetzentwurfes, der Präsenzstand des Heeres auf 230,000 Köpfe gesteigert; das preussische Volk hätte circa 1700 Offiziere, 7000 Unteroffiziere und über 65,000 Gemeine mehr zu bezahlen, als 1859. Eben so viel Mannschaften, und zwar aus den besten Jahren der Arbeitskraft, würden natürlich Jahr für Jahr dem Gewerbe, namentlich aber dem, der Arme so sehr bedürftigen Ackerbau entzogen werden. Dabei würde der Militäretat gegen 1859 um 16 Millionen Thaler erhöht werden. Rechnet man dazu die — freilich bei den Verhandlungen über das Militärgesetz noch nicht bekannten — Forderungen der Regierung für die Marine; so müßte das Volk für die Landesverteidigung, gegen das Jahr 1859, das Doppelte an Steuern erschwingen. Damit wäre aber den Anforderungen für die Kriegsverwaltung noch lange keine Grenze gesetzt worden. In dem Entwurfe des Militärgesetzes wurden nur die Verhältnisse der einzelnen Wehrpflichtigen, und auch diese nur in wenigen Punkten festgestellt, nicht aber die Rechte des Landes gegen die Kriegsverwaltung. Den Zustand, den wir nach Annahme des Entwurfes erwarten mußten, charakterisirte Sney in seinem Vorbericht treffend da: „Jede weitere Vermehrung der Armee und Abschwächung der Landwehr blieben in das freie Ermessen der Verwaltung gestellt. Ort und Umfang des stehenden Heeres, von jeder gesetzlichen Fesseln entbunden, blieben von Jahr zu Jahr eine offene Frage.“ Die Budgetbewilligung fehlte auch ferner jede sichere Norm.

Für den Umfang des ganzen Heeres blieben fortdauernd eine Reihe von Fragen, an welcher von Jahr zu Jahr die Faktoren der Budgetbewilligung sich zu versuchen hätten.“ Solcher Vorlage gegenüber blieb nichts übrig, als die einfache Ablehnung. Aber mögen die Forderungen der Regierung noch so weit gehen, das Streben der Liberalen nach Veröhnung geht noch weiter. Es wurde eine Anzahl Amendements eingebracht, die sämmtlich die Reorganisation im Großen und Ganzen genehmigten und nur an einzelnen Punkten Nachlaß der regierungsseitig aufgestellten Forderungen verlangten. Die größte Concession, welche durch ein Amendement verlangt wurde, war die zweijährige Dienstzeit bei der Infanterie.

Die Hoffnung auf Annahme eines der Amendements wurde in der Militärcommission durch den Kriegsminister rundweg abgeschritten. Nur die oben erwähnte Taktik des Herrn v. Roon ließ die Vermuthung aufkommen, die Regierung möchte sich mit dem Amendement Bonin einverstanden erklären. Wir haben dieser Vermuthung sofort widersprochen. Wollte die Regierung überhaupt auf irgend einen, in der Commission eingebrachten Entwurf eingehen, so hatte sie gar keinen Grund, ihre Bereitwilligkeit zu verheimlichen. Im Gegentheil, es hätte in ihrem Interesse gelegen, diesen „Verständigungs-Versuch“ durch ihre Organe laut ins Land hinaus zu verbreiten, aus demselben politisches Kapital zu schlagen. Daß sie schwieg und nur erklärte, sie könne ihr letztes Wort nicht aussprechen, weil sie dann gebunden wäre, ist das sicherste Zeichen dafür, daß sie der Volksvorstellung überhaupt keine Concession machen wollte — oder durfte. Daß das Ministerium, wenigstens in seinen maßgebenden Faktoren sich mit dem Gedanken an die Annahme des Bonin'schen Amendements trug, läßt sich aus der damaligen Haltung der officiellen Presse sicher schließen. Ein höherer Wille sprach sich dagegen aus.

Die Gründe dieser Verjagung kennen wir nicht, vermögen wir nicht zu errathen. In dem Amendement dürften sie nicht liegen. Denn dasselbe bewilligte in der Sache Alles, bis auf das unbedeutendste Pünktchen Alles, was die Regierung verlangte. Nur in der Form unterschied es sich von der durch den Kriegsminister eingebrachten Vorlage, in sofern es versuchte, die militärischen Angelegenheiten wieder

theilweis aus dem Verwaltungsbereich auf den Boden der Gesetzgebung zurückzuführen. Herr v. Bonin wollte nur für die Zukunft in einzelnen Punkten die von Herrn v. Roon für das Kriegsministerium beanspruchten Befugnisse beschränken, so daß letztere nur wenig größer geblieben wären, als die von dem absoluten Regimente vor 1848 ausgeübten Rechte.

Das Alles wurde, wenn auch nicht von der Majorität, doch aus den Reihen der liberalen Parteien des Abgeordnetenhauses, der Regierung entgegen getragen! Und das Alles, die Reorganisation in der Vergangenheit, wie in der Gegenwart, ist von der Regierung zurückgewiesen worden, damit eine künftige Vergrößerung des stehenden Heeres, eine künftige Aenderung der Armeeformation, eine künftige Vermehrung des Militäretats nicht in das Gebiet der Gesetzgebung falle, nicht durch das Abgeordnetenhaus verhindert werden könne, sofern einzig dem Ermessen der Militärverwaltung anheimgestellt bleibe. Die Genehmigung des erhöhten Präsenzstandes, der vermehrten Cadres, der verstärkten Aushebung, der fünfjährigen Dienstzeit, der vielen Millionen Mehrforderung im Militäretat: sie Alle reichen nicht hin, den Conflict beizulegen. Was können wir mehr bieten? Wir könnten allenfalls noch die ganze Verfassung dreinwerfen und würden doch nicht zum Ziele gelangen. Denn unter dem absoluten Königthum bestand dieselbe Militärformation, für die jetzt die äußerste Linke eintritt, und dieses Königthum band sich nicht nur an die Gesetze von 1814, 15 und 19, es hatte sogar noch ein Jahr der Dienstzeit nachgelassen. Vor 1848, selbst bis 1859, wurden einige Klagen, auch aus den loyalsten Kreisen, über die unerträgliche Militärlast laut; auch die Landrathskammern haben über dieselbe geklagt. Heute stehen um dieses viel angegriffene Gesetz die entschiedensten Männer der Opposition, die Jacoby, Waldeck, Kirchmann, geschaart; heute dient den „Rotheften der Nothen“ dieses Gesetz als Schutzwehr gegen gesteigerte Anforderungen. Man muß sich den Vergleich der Jetztzeit mit der Regierung Friedrich Wilhelms III. und IV. vor Augen führen, um den ganzen Unterschied zu erkennen. Die sechsjährige Gewohnheit hat uns fast abgestumpft.

Nun, die Gefahr ist vorüber, daß die Reorganisation jemals vom Boden der Verordnung auf den des vereinbarten Gesetzes übertragen werde. Ein Amendement Bonin wird nicht mehr eingebracht werden. Selbst von Herrn v. Bonin nicht. Von Amendementen, von Verhandeln über ein Militärgesetz kann nach den Vorgängen der letzten Session vorläufig nicht mehr die Rede sein. Ist der Verfassungskampf ausgetragen, giebt es keinen Conflict mehr über Befugnisse oder Rechte in Bezug auf die Militärformation: dann ist die Einigung über die Zahlen — des Heeres wie des Budgets — reines Kinderpiel. Bis dahin aber wird die Militärfrage aus den Beratungen des Abgeordnetenhauses verschwinden.

### Breslau, 23. Juni.

Unsere Leser werden sich einigermassen gewundert haben, wie es dem Pastor Rnal an der Bethlehems-Kirche zu Berlin und seinen hochwürdigen Amtsbrüdern gelungen ist, das vierte Gebot mit dem Abgeordnetenhaus in Verbindung zu bringen. Die „Kreuz.“ theilt die Anekdote des Pastor Hingmann an Se. Maj. den König, so wie die sehr lange Adresse wortgetreu mit. Darnach sprach der Pastor Hingmann unter Anderem folgendes:

Majestät! Wir sind arme und geringe Werkzeuge; aber wir sind Diener des großen Gottes, der gesagt hat: „Ich will meine Ehre keinem andern geben, noch meinen Ruhm den Götzen.“ Dieses Gottes Recht und Gebot haben wir zu treiben und zu verteidigen. Er hat gesagt: „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren, auf daß dir's wohl gebe und du lange lebest im Lande.“ Er gebietet uns, daß wir unsere Eltern und Herren nicht verachten, noch erzürnen, sondern sie in Ehren halten, ihnen dienen, gehorchen, sie lieb und werth halten. Was unseres Amtes Pflicht ist, was wir um des Herrn und um des Gewissens willen unseren Gemeinden zu bezeugen haben, wir thun es mit Freuden. Wir sind unfreim die geliebten Landesväter treu ergeben.

Dann heißt es weiter: Wie hätte es anders als mit tiefer Betrübniß uns erfüllen können, als in dem Abgeordnetenhaus seit längerer Zeit in sich steigendem Maße eine Haltung und Redeweise sich kund gegeben, die mit der Erfüllung des vierten Gebots, des ersten, das Verheißung hat, und mit der Sw. Majestät und der von Sw. Majestät erwählten Räten der Krone schuldige Ehrerbietung in dem grellsten Widerspruch steht! Viele Brüder haben mit uns den Wunsch begehrt den Schmerz, den sie darüber empfinden, vor Sw. Majestät landesväterlichem Herzen auszusprechen zu dürfen.

Auf diese Weise gelang es also, das Abgeordnetenhaus in Verbindung zu dem vierten Gebote zu bringen. Die Adresse fährt das nun weiter aus, indem sie folgenbermaßen beginnt:

Die Diener am Worte Gottes haben bisher nicht gewagt, ihre Klagen gegen die Haltung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses vor dem Throne Sw. Majestät laut werden zu lassen. Sie können und dürfen aber mit ihrem Zeugnisse nicht länger zurückhalten. Fern sei es von uns, den Boten des Herrn an Christi Statt, als solche und an dieser Stelle, auf die sachlichen Angelegenheiten, um die es in dem Kampfe jenes Hauses gegen die königl. Regierung sich handelt, uns irgendwie einzulassen. Aber es wird in dem Hause der Abgeordneten, in einer Versammlung, welche das preussische Volk zu vertreten berufen ist, ein heiliges Gottesgebot, das vierte Gebot, öffentlich und göttlich übertreten. Das ist für das christliche Volk, das ist für die Gemeinde Gottes im Lande, die der Sohn Gottes mit seinem eigenen Blute erlauft hat, ein öffentliches großes Aergerniß. Die Kirche des Herrn hat, bei einer längeren Zurückhaltung des öffentlichen Zeugnisses dagegen, eine schwere Schädigung ihrer Wirksamkeit und ihres Gedeihens in diesem Lande zu erwarten. Und über das Land selbst muß Fluch, Horn und Strafe kommen von dem allmächtigen Gott, der Sein nicht spotten läßt. Dies zu klagen und vor Sw. Maj. im Namen des Herrn, der uns zu Wächtern bestellt hat, mit tiefem Schmerz zu bezeugen, sind wir gekommen. Wir kommen ohne Auftrag von Menschen, und wir sind unserer nicht Viele. Aber unser Dienst am göttlichen Worte wird uns vor unserem christlichen Könige legitimiren, und wir sind uns auch bewußt, daß wir Taufnaben unserer Amtsgenossen, daß wir Millionen frommer und getreuer Unterthanen Sw. königl. Maj. aus der Seele reden.

Im weiteren Verlauf spricht die Adresse von dem „im offenbaren Widerspruch mit göttlicher und menschlicher Ordnung stehenden Treiben im Hause der Abgeordneten“. Dann heißt es weiter:

Die Rücksichtslosigkeit, die Bitterkeit und Gehässigkeit der Angriffe, welche gegen die Personen der Minister und gegen die königl. Regierung gerichtet

werden, hat sich zu einer Maßlosigkeit gesteigert, die das sittliche Gefühl aufs Tiefste beleidigt. Unter einem Deckmantel, der doch nicht deckt, und der seine Falten weit genug öffnet, wird auch die allerhöchste Landesoberkeit, die königliche Majestät selbst, angegriffen, verächtlich und geschmäht. Wir unterlassen es, die in Gift getauchten Pfeile der Bosheit, die man aus den öffentlichen Berichten zu ganzen Bündeln aufammeln kann, vor Euer kgl. Maj. auch nur probeweis hier niederzulegen. Wir mögen sie nicht in unsere Hände nehmen, zumal im Angesichte unseres königlichen Herrn.

Wir denken, unsere Leser haben an diesen Proben genug und übergenug. Es handelt sich in dem traurigen Conflict zwischen dem Ministerium und dem Abgeordnetenhaus über Fragen, über welche die berühmtesten Staatsrechtslehrer sind getheilte Meinung; die Herren Pastoren sind schnell fertig mit ihrer Ansicht; für sie existiren keine staatsrechtlichen Schwierigkeiten. Niemand wird es den Herren Pastoren verdenken, daß sie gleich andern Staatsbürgern ihre Ansicht aussprechen, ihre Treue und Anhänglichkeit versichern, aber zu verdammen und abzurtheilen über Fragen, welche im Verfassungsleben aller Völker zu den heftigsten Conflicten Veranlassung gegeben haben, das, sollten wir meinen, sei eher alles Andere, nur nicht Sache des geistlichen Amtes. „Richtet nicht, auf daß Ihr nicht gerichtet werdet“ — von der Weisheit und Toleranz, die in diesem Spruche liegt, finden wir in dem Vorgehen der Herren Pastoren auch nicht die geringste Spur. Die staatsrechtlichen Fragen — solche und keine anderen sind es, um die es sich in diesem Augenblicke zwischen dem Abgeordnetenhaus und dem Ministerium handelt — haben mit dem vierten Gebot nur und nimmer etwas zu thun. Die „Kreuzzeitung“ ist natürlich über diese echt christliche Adresse sehr erfreut; nun, sie läßt ja jetzt auch das Duell von ihrem echt christlichen Standpunkte aus vertheidigen, ganz so wie die Geistlichen der sächsischen Slavenstaaten die Sklaverei vom christlichen Standpunkte aus vertheidigten.

Das „Neue Allg. Volksbl.“ bespricht heute die Scrupel des „Public.“, ob nicht die Mandate der Abgeordneten nach der jetzigen dritten Session in der Legislaturperiode erloschen seien, und fügt in Parenthese hinzu: Wenn kein neues Wahlgesetz kommt, bleibt sich's gleich, ob das gegenwärtige Abgeordnetenhaus bestehen bleibt, oder eine Neuwahl erfolgt. Wir freuen uns, in diesem Punkte uns mit dem reactionären Blatte in vollkommener Uebereinstimmung zu finden; daran werden selbst Herr Pastor Rnal und seine Amtsbrüder nichts zu ändern vermögen.

Die „Zeidl. Corresp.“ scheint auf die persönliche Zusammenkunft der Monarchen von Preußen und Oesterreich kein großes Gewicht zu legen. Nachdem sie die von einigen Blättern mitgetheilte Nachricht, daß vom Könige von Preußen zuerst der Wunsch nach einer Entree mit dem Kaiser Franz Joseph ausgesprochen worden sei, in entschiedenen Worten zurückgewiesen, fährt sie fort:

Es leuchtet ein, daß der Wunsch nach Erweisung einer Courtoise — und eine solche würde der Besuch des Kaisers Franz Joseph in Karlsbad eben nur sein — nicht von demjenigen Monarchen kundgegeben werden kann, dem die Höflichkeit erwiesen würde. Eine solche Artigkeit-Beziehung könnte nur von dem, der sie erweisen will, angemeldet werden. Ist es das Bestreben der Zeitungen, die Meinung zu verbreiten, als ob in Karlsbad große und entscheidende Verhandlungen stattfinden sollten, so dürfen wir versichern, daß bisher der Vergleich der Eventualitäten von Seiten der preussischen Regierung nicht in Aussicht genommen sind, und daß in keiner der bisher zwischen Wien und Berlin gewechselten Depeschen ein Hinweis auf einen derartigen Plan enthalten ist. Allerdings würde es für Preußen nicht gleichgültig sein, wenn die trotz aller untergeordneten Differenzen im Großen und Ganzen bestehenden guten Beziehungen zwischen den beiden Großmächten durch ein persönliches Begegnen der Souveräne eine neue Bestätigung erhielten. Doch erkennt Preußen andererseits nicht, daß bei den vielfach einander widersprechenden Motiven, welche sich in Wien geltend zu machen suchen, der verbündeten Regierung sächlicher Weise Zeit gegönnt werden darf, bis jene Mischung verschiedenartiger Beweggründe sich einigermassen abgeklärt hat.

Das ist deutlich gesprochen; da uns jedoch die Sache nichts angeht, überlassen wir die Antwort den österreichischen Officialen. Von einem herzlichen Einverständniß zwischen Oesterreich und Preußen ist in diesen Worten des feuerbalen Blattes freilich nichts zu verspüren.

Der österreichische Finanzminister Hr. v. Plener scheint doch eigermassen überrascht, daß auf seine Anleiheforderung von 117 Millionen das Abgeordnetenhaus mit der sehr winzigen Summe von 13 Millionen geantwortet hat; da er jedoch begründete Hoffnung hegt, allmählich immer mehr und mehr herauszuloden, so sind wohl die Gerüchte über seinen Rücktritt verfrüht. Auch über die uns telegraphisch gemeldete Demission des Herrn v. Schmerling bringen die wiener Blätter noch Nichts.

Die Wendung, welche die Verhandlungen zwischen dem Königreiche Italien und Rom in jüngster Zeit genommen haben, wird im Allgemeinen als eine für das erstere keineswegs unangünstige betrachtet. Aus dem es sicher anzunehmenden Abbruche der Unterhandlungen ist wenigstens zu entnehmen, daß die italienische Regierung des für ihre Aufgabe unentbehrlichen Selbstgefühls noch nicht ermangelt. Uebereinstimmend müssen die Blätter, daß die Jesuiten, welche das Janglein in der Wage des Einflusses bilden, des sich im Vatican geltend macht, den Papst veranlaßt haben, die persönliche Rolle, die er bei den Verhandlungen mit Italien einnahm, aufzugeben und sich mehr im Hintergrunde zu halten. Bereits am 10. Juni berief der Papst eine Commission, um ihr die Führung der Verhandlungen in die Hand zu geben. Dieselbe besteht meistens aus Prälaten, von denen Persigny sagt, daß sie sich wie in einer fremden Welt bewegen und statt der wirklichen Dinge nur ihre Illusionen sehen. Nach französischen Briefen aus Rom vom 18. Juni hat die Commission die Anträge Begezzi's über die Eidesform der Bischöfe verworfen und Begezzi seine Regierung um neue Instruktionen gebeten. In der am 17. Juni bei der Feier seiner Stuhlbestigung gehaltenen Rede hat Pius IX. gegen die italienische Einheit und überhaupt gegen die Einheitsbestrebungen der Völker geredet, indem er von den Prüfungen seines Pontificats sprach und klagte, etliche Völker hätten gleich den Hebräern nach Einheit getrachtet, aber nur Zwietracht erreicht, indem sie dem Samuel den Saul vorgezogen. Das in Kurzem der einfache Hergang der Dinge, der schon an sich selbst charakteristisch genug ist, und der es schwerlich so sehr bedauerlich erscheinen läßt, wie Manche meinen, wenn der eingeleitete Vergleich wirklich scheitern sollte. Wir wenigstens sind überzeugt, daß Italien auf dem Wege ist, eines Samuel's nachgerade entbehren zu können, ohne daß deswegen zu fürchten ist, sein Kö-

nig werde in dem Kampfe für seine Selbstständigkeit die Rolle eines Saul spielen müssen. Die neuesten Nachrichten sagen übrigens, daß Begezzi allerdings nach Florenz zurückberufen ist, daß man aber die Fortführung der Unterhandlung noch immer für möglich hält, da der Papst seinen Sommeraufenthalt im Albanergebirge noch nicht bezogen hat. Man spricht davon, daß Massimo d'Azeglio sich in geheimer Mission des Königs Victor Emanuel nach Rom begeben hat. In jedem Falle erwartet man eine Allocution des Papstes, worin er die Gründe darlegen wird, welche ihn veranlassen, mit dem Königreiche Italien in Beziehungen zu treten.

Wie die unter „Paris“ gegebenen Mittheilungen ersehen lassen, hat sich die französische Regierung einer Einmischung in die Angelegenheiten der pariser Ruffen nicht ganz zu entschlagen vermocht, und auch im Senat hat man der Berufung nicht widerstehen können, bei dieser Gelegenheit die Regierung zur Vorlegung eines Strafgesetzes gegen den Mißbrauch der Coalitionen aufzufordern. Was die öffentliche Meinung betrifft, so braucht kaum versichert zu werden, daß diese auch hierin durchaus auf Seiten der Freiheit steht, und daß man von der Regierung allerdings ein Aufgeben des von ihr verliehenen und bisher auch noch aufrecht erhaltenen Monopols verlangt, sonst aber durchaus keine Einschränkung des Coalitionsrechts, für dessen Mißbrauch man das hinreichende Correctiv in der Freiheit der Arbeits-Concurrenz sieht. — Hinsichtlich Mexico's bemüht sich der „Moniteur“, wie die Officiellen zweiter Ordnung, fortwährend zu beruhigen; indeß traut man diesem Eifer, gerade weil er so überaus geschäftig ist, keineswegs, und die Verstärkungen, die man ohne Zweifel nach Mexico zu werfen beabsichtigt, sind keineswegs dazu angethan, den Glauben an jene officiösen Versicherungen zu erhöhen. — Was die projectirte Flottenpromenade betrifft, so will man wissen, daß in den letzten Tagen zwischen dem Kaiser und Lord Palmerston ein sehr lebhafter brieflicher Verkehr stattgefunden habe. Derselbe soll sich indeß zugleich auf die amerikanischen Angelegenheiten bezogen haben, in Betreff welcher man in Paris ein gemeinsames Vorgehen der beiden Westmächte anzustreben noch keineswegs aufgegeben hat. Gewiß ist, daß das Mißtrauen gegen das washingtoner Cabinet in den Tuilerien noch immer im Wachsen ist, und daß jeder Schritt, den die amerikanische Armee in Texas, die den neuesten Berichten zufolge nur noch wenige Meilen von der mexicanischen Grenze entfernt steht, vorwärts thut, nur eine neue Mahnung für das Tuilerien-Cabinet ist, um Freundschaft zu werden.

Wie man dagegen aus England erfährt, sucht die dortige Regierung jede Demonstration zu vermeiden und will deshalb auch (s. „London“) die gegenseitigen Besuche der französischen und englischen Flotte bis August verschieben. Namentlich sucht man, so lange die amerikanische Entschädigungsforderung noch eine schwebende Frage ist, jede Kundgebung, welche Mißtrauen erwecken könnte, zu vermeiden. Ueber den Stand der canadischen Angelegenheit geben wir Näheres unter „London.“ — Ueber die Urtheile, welche die englischen Blätter über den preussischen Landtag fällen, haben wir uns bereits gestern in Kurzem geäußert. Der „Star“ hält die Art, wie der Landtag entlassen ward, für sehr demüthigend für das „Land der Bürgerkrieger“, der „Gelehrten und Philosophen“, erklärt indeß, daß „die liberale Partei recht habe, zu warten.“ „Das ganze Volk sei verfassungsmäßig gesinnt, nur in einigen kleinen Fractionen rege sich der Geist der Anarchie und Gewaltthätigkeit. Binnen wenigen Jahren werde die kleine Partei verschwunden sein und dem Fortschritt nichts mehr im Wege stehen.“

Aus Spanien hat der Telegraph (s. Nr. 287) die Nachricht von der Demission des Ministeriums Narvaez und dem Antritt eines Ministeriums O'Donnell gebracht. — In Valencia ist die Ruhe nicht mehr gestört worden. — Der Aufenthalt des Generals Prim ist noch immer unbekannt. Pariser Nachrichten behaupten indeß, derselbe sei in Spanien und werde bald von sich reden machen.

Aus Amerika meldet die „N. fr. Pr.“, daß officiöse Depeschen aus Washington die Wichtigkeit der Nachricht von der Flucht des Präsidenten Suarez nach Neu-Mexico bezweifeln. Oben diesem Blatte sind aus Newyork (10. Juni) noch folgende Nachrichten zugegangen:

Die Conföderirten haben die nordwärts von Galveston, in Texas am Eingange zur Sabine-Bai gelegenen Forts an die Union'sflotte übergeben. Die Uebergabe von Galveston, des einzigen Platzes, welcher sich noch in den Händen der Conföderirten befindet, wird binnen Kurzem erwartet. — Der conföderirte General Magruder verlor eine Bataille an die in Galveston stehenden conföderirten Truppen zu halten. Die Soldaten erlitten, sie seien genug „behubugt“ worden, wünschten, zur alten Union zurückzukehren. Magruder konnte nicht zu Worte kommen und hat Galveston verlassen müssen. Das Unionsgefäß ist in Texas sehr stark im Wachsen.

General Weikel ist mit seiner Flotten-Expedition, aus 62 Schiffen bestehend, in Brownville, am Rio Grande, Matamoros in Mexico angekommen, und hat Brownville besetzt. General Sheridan wird ebenfalls binnen Kurzem in Texas erwartet.

Jetzt alle Guerillabanden in den Südstaaten haben sich an die Bundesstruppen ergeben. Die Bewohner der Südstaaten wenden sich allgemein ihren früheren Geschäften zu.

Die ehemaligen Sklavensklaven halten in fast allen südlichen Staaten Meetings, um sich über den Monatslohn zu verständigen, den sie den Regenten nun als freien Arbeitern anbieten sollen. Die sozialen Verhältnisse werden schneller in Ordnung kommen, als man geglaubt hat.

**Friedrich der Große und der Candidat der Theologie Linsenbarth.**

(Fortsetzung.)

„Um nur aus den Augen zu kommen,“ fährt er fort, „verließ ich mein Vaterland, und ging nach Berlin,“ fünfzig Meilen weit oder mehr. „Und so war es denn der 20. Junius 1750, als ich das erste mal hierher kam, und da wurden mir denn auch sogleich auf dem Packhose, bei Vistirkung meiner Sachen, 400 Reichsthaler nürnbergischer ganze Bagen weggenommen;“ — 20 Bagen gehen auf den Reichsthaler, weich' ein Sack voll muß deren gewesen sein, 8000 Stück in Allem, von der Größe von Heringschuppen, in schlechtem Silber; die Frucht von Linsenbarth's lebenslanger harter Sparsamkeit: — Alles auf einmal ihm entziffen. „Und warum?“ sagt er ganz historisch: Ja, warum? Um das völlig zu verstehen, müßte der Leser Nylus' Cocten-Sammung, Seyfarth und andere Quellen nachlesen.\*) und den damaligen und noch lange nachher anhaltenden skandalösen Zustand des deutschen Reichs kennen lernen, da jeder bedürftige kleine Fürst seine Münze nach Belieben mit Kupfer mischte, und die Menschheit eine Weile damit betrog; dergleichen Münze mußte von Regierungen, wie die Friedrich's, ein für allemal verboten, confiscirt oder ins Heimathland zurückverwiesen werden. Linsenbarth beantwortet sein „Und warum?“ mit historischer Kürze:

„Der König hätte die Bagen schon etliche Jahre (vor sechs Jahren) ganz und gar verschlagen lassen, sie sollten in seinem Lande nichts gelten, und ich wäre so kühn und brägte die Bagen hierher, in die königliche Residenz! auf den Packhof! Contreband, Contreband!“ — das war ein schöner Willkommen. Ich entschuldigte mich mit der Unwissenheit, käme aus Thüringen, viele Meilen Wegs her; hätte mithin ja unmöglich wissen können, was Se. Majestät der König in Dero Ländern verbieten lassen. — Der Mautthner. — Das wäre keine Entschuldigung. Wenn man in eine solche königliche Residenzstadt reisen und daselbst verbleiben wolle, so müsse man sich nach Allem genau erkundigen und wissen, was für Geldorten im Schwang gingen, damit man nicht durch Einbringung verrufener Münzen Gefahr laufe.“ — Ich: „Was

\*) Nylus, Edit. XXI., Januar 1744 u. c.

Das Volk des Südens zeigt in Sympathie für Jefferson Davis. Die Leiter der Rebellion werden von demselben in den heftigsten Ausdrücken getadelt.

General Grant wird bei der Eröffnung der großen Fair in Chicago, welche für die verwundeten Soldaten gehalten wird, gegenwärtig sein.

Die schwebende Untersuchung gegen General Lee findet in Norfolk, Virginien, statt. Der Hochverrathspruch des Jefferson Davis wird vor voller Richterbank stattfinden. Die Richter Carter von Ohio, Olin von Newyork und Wylie von Virginien werden dabei fungiren. Davis hat A. Gillette, einen demokratischen Advocaten von Saratoga, zu seinem Verteidiger erwählt.

**Preußen.**

— Berlin, 22. Juni. [Die conservative Presse und das Abgeordnetenhaus. — Der Stat. — Dr. Jacoby.] Vorkünftig werden die Bestrebungen, jeden anregenden und tiefer gehenden Eindruck der Landtagsverhandlungen zu paralysiren, lediglih durch die Artikel der Regierungs-Presse in die Erscheinung treten. Hier in Berlin wird mit all diesen Artikeln das strikte Gegentheil erreicht und in den Provinzen dürfte ihnen vielleicht — namentlich auf dem Lande — bald ein Gegenzug folgen, der sich nicht unterdrücken läßt und jedenfalls von Wirkung bleiben wird. Es liegt auf der Hand, daß in Abgeordnetkreisen diese Coeventualität erwartet und ihre Vorbeugung in Erwägung gezogen worden ist. Der zweite Schritt, die Ergreifung von Repressivmaßregeln, wird auf sich warten lassen. Man darf annehmen, daß ein in der Form wenigstens modifizirtes Vorgehen in dieser Richtung beliebt worden ist. Eine Auflösung des Abgeordnetenhauses, welche man wohl nach allen Vorgängen erwarten darf, möchte schwerlich vor dem Herbst eintreten, auch wird man gut thun, für's Erste nicht den Angaben über ein neues Wahlgesez unbedingt Glauben zu schenken. — Die jetzt täglich stattfindenden Ministerberatungen schließen sich an die Fesslungen, welche in dem letzten Ministerconseil getroffen worden. — Die Veröffentlichung des Staats war übrigens beschlossene Sache, als es mit Sicherheit feststand, daß ein Staatsgesez nicht zu Stande kommen würde. Jetzt ist man auch über die Form schlüssig geworden, welche eben lediglih den Anschein der Verwaltungsmäßregel tragen wird. — In dem Strafverfahren gegen den Abg. Dr. Jacoby ist jetzt der ursprüngliche Termin vor dem Obergericht für morgen (23. d. M.) festgehalten worden. Der Angeklagte wird wahrscheinlich in Person anwesend sein. Bei dieser Gelegenheit mag übrigens bemerkt werden, daß der Abg. Dr. Jacoby nicht der einzige geblieben ist, welcher wegen der budgetlosen Verwaltung die Annahme der Diäten verweigerte. Der Abg. Paster hat sich diesem Vorgehen angeschlossen.

\* [Zu den Stellvertretungskosten der Abgeordneten] citirt die „Ab. Z.“ folgende Verordnung aus Camp's Annalen (1831. S. 9):

„Circular-Rescript der kgl. Ministerien des Innern und der Finanzen an sämtliche kgl. Regierungen und Provinzialsteuer-Directionen, betr. die Aufbringung der Stellvertretungskosten für die als Provinzial-Landtags-Abgeordnete beurlaubten Staatsdiener. Allerhöchst erlassenen Vorschriften zufolge bedürfen Staatsbeamte, wenn sie zu Provinzial-Landtags-Abgeordnete gewählt werden, nach erfolgter Befähigung der Wahlen, zur Beibehaltung der Landtags-Versammlungen des Urlaubes der ihnen als Staatsdienern vorgelegten Behörden. Dergleichen Staatsbeamte, welche zu Provinzial-Landtags-Abgeordneten gewählt, und von ihren Aemtern mit erhaltenem Urlaub abwesend sind, um den Landtags-Versammlungen beizuwohnen, können jedoch nicht verpflichtet werden, aus dem Grunde, weil sie Landtags-Diäten beziehen, für die Kosten ihrer Vertretung im Amte während der Dauer ihres Urlaubs, zu diesem Behufe aus eigenen Mitteln aufzukommen, denn da die Theilnahme der zu Provinzial-Landtags-Abgeordneten gewählten Staatsdiener an den Landtags-Versammlungen vermöge einer Staatsbürgerpflicht und zwar für Staatszwecke stattfindet, die Landtagsdiäten aber nur als Entschädigung für die Mehrkosten des Aufenthalts außer dem gewöhnlichen Wohnorte anzusehen sind; so ist es gerechtfertigt, daß die ihren Stellvertretern im Amte zu bewilligenden extraordinären Diäten aus dem gewöhnlichen Diäten-Fonds bestritten werden. Berlin, den 29. März 1831.“

An den Bestimmungen über das Diätenwesen ist durch die Verfassung nur der Punkt geändert worden, daß Beamte zum Eintritte in die Kammern keines Urlaubes mehr bedürfen.

**Deutschland.**

Wiesbaden, 20. Juni. [Die auf den 18. nach Niederbrechen berufene Versammlung der Fortschrittspartei] war äußerst zahlreich besetzt. Vor dem Versammlungslokale saße eine aus Bauern bestehende Menge, angeführt von ihren Geistlichen, Lehrern, Küstern u. Posten. Die Hitze und die Menge der Anwesenden nöthigte zur Deckung der Fenster, so daß auch die Außenstehenden die Redner hören konnten. Der erste Redner wurde ruhig angehört. Weniger glücklich war sein Nachfolger, Georg Wagner. Dieser wurde, nachdem er erklärt hatte, „daß er kein Freund der Geistlichen sei“, sofort durch ein infernalisches Geseul aus dem bezeichneten Hause unterbrochen, mit Stößen bedroht und zum Verlassen der Rednerbühne gezwungen. So erging es auch jeder der folgenden Personen, welche irgend eine Anstrengung machte, die Ordnung und Ruhe wieder herzustellen.

Die clericalen Bauern hielten zuletzt das aus dem liberalen Theil der Anwesenden besetzte Local förmlich belagert unter tobendem Geseul und Rufen: „Ihr kommt nicht lebendig nach Hause! Wir schneiden Euch Allen die Häse ab!“ u. dgl. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, schwere Thätlichkeiten abzuwenden. — Die Versammlungen in den übrigen Landestheilen verliefen in aller Ruhe. (Fr. Z.)

Schwerin, 21. Juni. [Die Bürgerschaft gegen den Rath.] Die röstocker Bürgerschaft ist in großer Aufregung. In erster Linie richtet sich dieselbe natürlich gegen den begangenen Rechtsbruch, in zweiter aber auch gegen die Ausführung der Execution und die überreichte Unterwerfung. Die Bürgerschaft hat auch in ihren beiden Quartieren einstimmig das Verhalten des Rathes in energischer Weise verurtheilt. In der Eingabe des aus den Deputirten der Fünfte bestehenden zweiten Quartiers, welche nur als der Ausdruck der Stimmung der ganzen Bürgerschaft anzusehen ist, aber in der hiesigen Presse nicht veröffentlicht werden darf, wird das Bedauern ausgesprochen, daß der Rath der Zwangs-Execution gewichen, daß er solchem Zwange und in der stattgehabten Weise sich gefügt habe. Der Rath hätte bedenken sollen, daß seine Pflicht, die Rechte der Stadt zu vertreten, ihm nicht gestattet hätte, anstatt beim Rechte auszuharren, dieses Recht mit einem Protest gegen das Unrecht zu vertauschen, und sich unter Protest bei diesem Unrecht zu betheiligen. Derselbe hätte zuvor die Bürgerschaft berufen und deren Meinung befragen und vernehmen sollen. Statt dessen hätte der Rath eigenmächtig und in einer Weise gehandelt, die von der Bürgerschaft stets beklagt werden würde und von Niemandem mehr zu ändern sei. Die Bürgerschaft würde vom Rathe niemals gefordert haben, daß er jener Zwangs-Execution wegen seinem Gewissen Zwang anthon solle; sie würde es einmüthig vorgezogen haben, Unrecht zu leiden und alle zulässigen Mittel zur Aufhebung des Unrecht anzuwenden. Der Rath verheißt jetzt, alle diejenigen Schritte zu thun, welche die Verteidigung der verletzten Rechte der Stadt gebiete. Derselbe möge schon jetzt mittheilen, welche Schritte er für rechtlich möglich und notwendig halte. Das Quartier habe nicht das Vertrauen, daß der Rath mit ihm noch in der Sache harmonire. Deshalb wünsche es im voraus zu wissen, was der Rath zu unternehmen beabsichtige. Derselbe möge endlich einmal das bisher beobachtete Schweigen brechen und die ganze Sache veröffentlichen. Der Rath habe bisher geschwiegen und auch das Quartier habe auf seinen Wunsch geschwiegen, während dem ersteren in der Presse offener Amtsmißbrauch vorgeworfen sei, und die härtesten Rügen über ihn in beschimpfender Weise abgedruckt wären. (NB. Enthält eine Hinweisung auf das im „Nordd. Corresp.“ abgedruckte „Erdbeiwörterrescript.“) Jetzt dürfe der Rath sprechen, ohne den Verhandlungen zu schaden, jeßt müsse er sprechen, um wenigstens der öffentlichen Meinung das Urtheil darüber zu ermöglichen, wo das Recht liegt, auf welcher Seite es verteidigt, auf welcher es gebrochen ist. — In ähnlicher und in der Form noch schärferer Weise hat sich das aus Kaufleuten bestehende erste Quartier dem Rathe gegenüber geäußert. (Vollstz.)

Kiel, 17. Juni. [Th. Dörschhausen. — Das nationale Programm.] Der flensburger „Nordd. Ztg.“ schreibt man von hier: In der heutigen Nummer der „Z. N.“ wird die bescheidene und würdige Haltung des jetzt hier anwesenden Th. Dörschhausen gerühmt und darauf aufmerksam gemacht, wie er doch nicht so ganz mit dem Programm der flensburger Neupreussen einverstanden sei. Nein, nicht ganz; denn Dörschhausen ist eigentlich ein Anexionist, wie ein hiesiger demokratischer Advokat auf Befragen erklärte, und mehr als der freundschaftliche Verkehr mit Dr. Ahlmann und andern Vertretern des alten echten schleswig-holsteinischen Programms spricht da für die verdrießliche Haltung unserer Particularisten. — Was die gegenwärtige Stimmung der hiesigen Bevölkerung gegen das nationale Programm (Anschluß an Preußen) anbelangt, so ist von anderer Seite wiederholt zugesandt worden, daß die Zahl der Anhänger keineswegs eine geringe sei. Dies stimmt vollkommen mit der Wahrheit überein; aber die Wenigsten haben den Muth, für ihre Ueberzeugung einzustehen.

Sadersleben, 18. Juni. [Neue Hoffnungen der Dänen.] Die „Schlesw.-Holst. Ztg.“ bringt folgende ziemlich tendenziöse Correspondenz: Seit langer Zeit bot unser Markttag nicht ein solch belebtes Bild dar, wie gestern; seit langer Zeit herrschte aber auch nicht solche Aufregung und Erbitterung auf allen Seiten; von deutscher Seite wurden die bittersten Klagen laut über die Gefährdung der Ruhe und Ordnung auf dem Lande, die schärfsten Ausdrücke hörte man. Zu keiner Zeit haben wir Zustände gehabt, wie sie seit der Reise des Prinzen von Hohenlohe hier sich zeigen. Seit diesen acht Tagen lassen die Dänen ihrem ganzen Parteihass die Zügel schießen, sie insultiren die mißliebigen vereinzelt wohnenden Deutschen auf alle erdenkliche Weise, so daß viele dieser Leute um persönlichen Schutz bei den Behörden nachsuchen müssen. In den Dörfern Sommerstedt, Djernet, Seball, Stüb-

„soll ich denn anfangen? Sie nehmen mir ja sogar unschuldig die Gelder weg! Wie und wovon soll ich denn leben?“ — Er: „Da müßte ich zusehen! und er wolle mich zugleich bedenken, wenn die Sachen auf dem Packhose visitirt worden, so müßten solche von der Stelle geschafft werden!“

„Es wurde also ein Schiebkarner herbeigerufen, meine Effecten aufgeladen und fortgeführt. Dieser brachte mich in die Judenstraße in den weißen Schwan, warf meine Sachen ab, und forderte vier Groschen Lohn. Die hatte ich nicht; der Wirth kam herbei, und als er sah, daß ich ein gemachtes Federbett (man bemerkte Linsenbarth's Bage: Federbett von äußerster Dünne), einen Koffer voll Wäsche, einen Sack voll Bücher und andere Kleinigkeiten hatte, so bezahlte er den Mann und wies mir eine kleine Stube im Hofe an. Da konnte ich wohnen, sagte er; Essen und Trinken wollte er mir geben. Und so lebte ich denn in diesem Gasthose acht Wochen lang ohne einen blutigen Heller, in lauter Furcht und Angst.“ Der 20. Juni plus acht Wochen bringt uns zum 15. August; Voltaire in höchster Glorie, und große Dinge eben bevorstehend! — wovon bald die Rede sein soll.

Der weiße Schwan war ein Abtheilungsquartier für Fuhrleute; irgend ein Anwalt niedrigen Ranges, welchen Linsenbarth „der Advokat B.“ nennt (etwa einer von Cocceji's Abgesetzten?) hatte mit den Fuhrleuten und ihren Händeln zu thun. Advokat B. hatte den grauen trübseligen Candidaten, wie ein Sperling artig in fernen Winkeln sitzend, bemerkt, hatte ihn angedet; — erbot sich, für einen Louis'd'or — kein Erfolg, kein Lohn — ihm seine Bagen wieder zu verschaffen. Also gingen sie eines Morgens in „ein großes Haus;“ es war das Haus eines Ministers (des Name ist nicht angegeben), eines sehr vornehmen Beamten; der hörte des Advokaten B. kurzen Antrag an und antwortete: „Monseur, seid Ihr der Mann, der meines Königs Mandate durchlöchern will? Ich höre, Ihr habt Lust auf die Hausvoigtei“ (das berliner Stadtgefängniß); „Redet weiter, und Ihr sollt zu der Ehre gelangen!“ — Advokat B. machte sich eiligst davon, ließ Linsenbarth auf der Straße stehen, „und so hatte er denn meine Sache ausgemacht bis auf die streitigen Punkte,“ sagt Linsenbarth.

\*) „Großes Carrusel, 25. August,“ u.

Schlichte Nachbarnsleute riefen ihm nun, direct zum ... gehen, wie das jeder gemeine Mann zu bestimmten Stunden thun kann. „Das Memorial aber müsse ganz kurz, gleichwohl aber die Contenta darinnen enthalten sein“, sagte man ihm. Linsenbarth, alle Dampfkraft ansehend, „conspirte ein, mumbirte es; — und ging damit, mit dem Aufschluß des Thores (Mitte August 1750, ein weiters Datum ist nicht angegeben) — ohne nur einen Pfennig Geld in der Tasche zu haben, in Gottes Namen nach Potsdam.“ Er fährt fort.

„Und da war ich auch so glücklich, den König zum erstenmal zu sehen. Er war auf dem Schloßplatze beim Exerciren seiner Soldaten (hüßlicher mit Sand bestreuter Raum, mit dem Schloß nach hinten und Gartengängen und Fluß in der Fronte; wo Friedrich Wilhelm am letzten Tage, da er im Freien war, saß und Befehl gab, daß der Bau von Bereiter Philipp's Haus in Angriff genommen werden solle; wo die Truppen jeden Morgen exerciren; — da ist Friedrich mit dreieckigem Hüte und blauem Rock, sage Vormittags 11 Uhr).

„Als das Exercitium vorbei war, ging der König in den Garten, und die Soldaten gingen auseinander; nur vier Offiziere blieben auf der Esplanade und spazirten müßig auf und nieder. Ich wußte vor Angst nicht, was ich machen sollte, und zog die Papiere aus der Tasche, — das war das Memorial, zwei Testimonia und ein gedruckter thüringischer Paß (arme Seele). Das haben die Offiziere, kamen gerade auf mich zu und fragten, was ich da für Briefe hätte? Ich communicirte sie willig und gern, und als sie solche gelesen hatten, so sagten sie: „Wir wollen Ihm einen guten Rath geben. Der König ist heute ertraugnädig und ganz allein in den Garten gegangen. Gehe Er ihm auf dem Fuße nach, Er wird glücklich sein.“

„Das wollte ich nicht thun, die Ehrfurcht war zu groß. Da griffen sie zu“ (die losen Wächter, aber es war nicht böß gemeint): Einer nahm mich beim rechten, der Andere beim linken Arm, „fort fort in den Garten!“ Als wir nun dahin kamen, so suchten sie den König auf. Er war bei einem Gewächse mit den Gärtnern, bückte sich und hatte uns den Rücken zugewandt. Hier mußte ich stehen bleiben, und die

\*) 21. August? (S. Rddenbed, Tagebuch, das wir oft anführen, I. 205.

ding, Moltrup, Astrup, Soed sind Schlägereien und Skandale vorgekommen. In allen diesen Orten hat die aufgesetzene Dannebrogfahne das Signal dazu gegeben. Die Dänen behaupten, daß der Prinz gesagt: dieselbe sei eben so wenig unterjagt, als die schleswigs-holsteinische Fahne erlaubt. In Sommerstedt haben die deutschen Eisenbahnarbeiter sich die höhrenden Frechheiten nicht gefallen lassen, und es ist aus dieser Veranlassung zu Conflicten gekommen. In Maltrop auf einer großen Hochzeit, wo der bekannte entlassene Physikus Madvig viele Reden gehalten, ein Hoch auf den König von Dänemark ausgebracht, ist eine Bande höhrend mit dem dänischen Siegesgesang den Gendarmen nachgezogen. In Maltrop hat bei einer gleichen Veranlassung der dortige Pastor Billemoose einen politischen Toast ausgebracht, dessen Schluß dahin ging, daß sie bald alles das erreichen möchten, was sie Alle wünschten; darauf stimmte er den „Tapperen Landsoldat“ an, und die Bande zog trunken vor das Haus des deutschen Kaisers, den sie insultirt. Selbst in der Stadt Hadersleben sind an vier Orten in einer Nacht Prügeleien vorgekommen.

**Oesterreich.**

G. C. Wien, 22. Juni. [Nachtrag zur gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses.] Finanzminister von Plener will nicht in Abrede stellen, daß die Ziffern, welche bei Einbringung der Regierungsvorlage genannt wurden, bei oberflächlicher Betrachtung überraschend und unangenehm erscheinen müssen, er bittet aber das Haus, sein Urtheil erst dann zu schöpfen, wenn es sich die Sache näher betrachtet haben wird. Der überraschende und unangenehme Eindruck sei vorwiegend bei Denjenigen gewesen, welche die Ziffern gruppirten. — Der Minister bespricht nun die einzelnen Theile der gestellten Creditforderung und darunter namentlich die Post von 7 Millionen, welche aus einem Mehraufwande im Jahre 1862 herrührt. Allerdings habe er seiner Zeit gesagt, daß hierfür eine Creditforderung nicht in Anspruch genommen wird, daß die Zahlung aus den vorhandenen Cassamitteln geschieht. Diese Cassamittel aber wurden, wie es sich von selbst versteht, sowohl durch Creditoperationen als auch durch Staatseinnahmen geschaffen. Die Regierung gedachte diese 7 Millionen aus den laufenden Einnahmen, wenn die Verhältnisse der Einnahmen sich günstiger gestaltet hätten, zu deduciren. Nun seien aber die folgenden Jahre nicht günstiger gewesen und es mußte somit eine Nachtragsforderung vor das Haus gebracht werden. Ueberausend solle es auch auf ein Mitglied der Staatsschuldencontrolcommission gewirkt haben, daß von den für Einziehung von Hypothekeneinkünften bewilligten 20 Millionen nur 3,800,000 fl. zu diesem Zwecke verwendet wurden. Der Minister kann nicht begreifen, wie diese Thatfache so überraschend wirken sollte, da doch die Controlcommission täglich Einsicht nehmen konnte und die Mitglieder genau wissen mußten, daß nicht 20 Millionen, sondern nur in runder Riffer 4 Millionen eingezahlt wurden. Die Thatfache war auch in weiteren Kreisen bekannt. Daß ein Theil der Mittel zu anderen Zwecken verwendet wurde, als die Bewilligung lautete, finde seine Ursache einfach in dem Zurückbleiben der Einnahmen, sei aber nicht ein Verschulden der Regierung. Diese stelle eine Wahrheitsfindungsrechnung auf; sie müsse es beklagen, daß Ereignisse eintreten, welche eine andere Gestaltung der Dinge bewirkten, aber die Schuld dieser Ereignisse liege nicht an der Regierung. Die Forderung, welche die Regierung hinsichtlich der Bankschuld stellt, sei wesentlich bloß darauf gegründet, daß zur Verwerthung der Bankgüter eine solche Operation eintreten kann, welche in den bisherigen Bestimmungen des Bankübereinkommens noch nicht ihre Grundlage fand. Die Regierung war ängstlich darauf bedacht, nicht gegen den Wortlaut des Bankübereinkommens zu verstoßen. Immerhin könne man der Regierung aus einer Forderung für Zahlungen an die Nationalbank keinen Vorwurf machen, und die Zahlungen an die Nationalbank seien ein wesentlicher Factor für die Berechnung der jetzt in Anspruch genommenen Summe. Er wolle dem Hause aus seinen Beschlüssen bezüglich der Bankacte keinen Vorwurf machen, denn er selbst habe ja die Herstellung der Valuta als das vor allen Dingen Anzustrebende betrachtet, Factum sei es aber denn doch immer, daß bereits 63 Millionen an die Bank entrichtet wurden und noch 78 Millionen restiren. Dem Vorwurfe, warum die Vorlage so spät erfolgte, hält der Minister die Bemerkung entgegen, daß das Ministerium den Abschluß des Finanzgesetzes für 1865 und 1866 abwarten wollte. — Denn wäre es früher mit einer Creditforderung gekommen, so hätte man glauben können, es sei ihm nur um die Genehmigung des Credits zu thun. Der Minister will bei der herrschenden Stimmung die ursprüngliche Creditforderung der Regierung nicht in ihrer gesammten Höhe aufrecht erhalten, bespricht jedoch das Detail der Posten, welche jedenfalls notwendig sind und macht darauf aufmerksam, daß die Cassenverhältnisse des Staates sich nicht in jedem Monate des Jahres in gleichem Stande befinden, da die Abgaben je nach Verschiedenheit der Jahreszeit in verschieden reichlichem Maße einfließen. Uebrigens scheue er eine Verantwortung hinsichtlich seines Vorgehens bei dem Verlaufe der Staatsgüter durchaus nicht, müsse aber bemerken, daß die Jahre 1863 und 1864 dem Verlaufe von Grundstücken nicht nur hinsichtlich der Staatsverwaltung, sondern auch bei Privatbesitzen höchst ungünstig waren. — Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wurde zur Abstimmung geschritten und, wie schon gemeldet, die Anträge des Finanz-ausschusses angenommen, nach denen vorläufig bis zur Erledigung der Finanz-gesetze pro 1865 und 1866 nur 13 Millionen bewilligt wurden.

**Italien.**

Florenz, 20. Juni. [Der deutsch-italienische Handelsvertrag.] Die hiesigen Blätter theilen jetzt das Rundschreiben des berliner Cabinets an die deutschen Regierungen in Sachen des deutsch-italienischen Handelsvertrages mit und begleiten diese Mittheilung mit Anmerkungen. Die „Nazione“ sagt unter Anderem: „Wer in Betracht zieht, welche Anstrengungen und welche Ausdauer Deutschland angewendet hat, um sich auf die italienischen Märkte einzuführen, mit welchen erlaubten und unerlaubten Mitteln Desterreich während so vieler Jahre die Wünsche der deutschen Kaufleute begünstigt hat, wird leicht die Wichtigkeit Italiens für den Handel und die Industrie der deutschen Staaten begreifen. Von 1850 bis jetzt, nach der Auflösung der alten Ver-

träge, nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, mußten nothwendig die Handelsbeziehungen der beiden Völker sehr beeinträchtigt werden. Inzwischen schloß Italien Handels- und Schiffahrtsverträge mit anderen fremden Völkern und besonders mit Frankreich und England, deren Erzeugnisse, begünstigt durch sehr ermäßigte Tarife, auf den italienischen Märkten sich vermehrten, indem sie den deutschen Erzeugnissen eine siegreiche Concurrenz machten, die mehr und mehr das Feld räumen mußten. Diese Benachtheiligung der deutschen Interessen rührt lediglich her von der kleinlichen Politik einiger Mittelstaaten Deutschlands. Die italienische Regierung, die nur die wirklichen Interessen ihres Volkes und die Grundsätze einer freisinnigen internationalen Politik im Auge hatte, setzte ihrerseits nie der Herstellung freundlicher Beziehungen mit dem Zollverein ein Hinderniß entgegen, schmolle nicht wegen der Sympathien gewisser deutschen Regierungen mit den gestürzten Dynastien der Halbinsel und stellte keine anderen Bedingungen für die Unterhandlungen, als welche die nationale Würde erheischt.“

[Befestigung von Florenz.] Im Kriegsministerium ist man lebhaft mit Plänen beschäftigt, welche auf die Befestigung von Florenz abzielen. Bekanntlich hat der Finanzminister in einer seiner letzten Reden aufmerksam darauf gemacht, daß in der nächsten Session die Regierung einen außerordentlichen Credit für das Festungswesen werde verlangen müssen; derselbe soll sich auf etwa 60 Millionen belaufen. Im Anfang hatte man hierbei in erster Reihe an die Befestigung von Turin gedacht; allein es handelt sich jetzt vor Allem um eine genügende strategische Deckung der neuen Hauptstadt. Man ist von der Ansicht zurückgekommen, als ob hierfür durch die Festungswerke von Bologna genügend gesorgt sei. Es handelt sich jetzt darum, zur Ergänzung der Befestigungen von Bologna eine Linie von Werken auszuführen, welche die Apenninen-Übergänge und das Pothal sichern. Mit Ausarbeitung der betreffenden Pläne sind die Generale Ricci, Nunziante und Menabrea beauftragt.

[Die Verhandlungen mit Rom.] Die „Nazione“ erfährt aus Rom über die Klippe der Verhandlungen, daß die päpstliche Regierung plötzlich mit der Fassung einer Cidesformel für die Bischöfe der (ehemaligen) römischen Provinzen hervorgetreten sei, worin eher die Souveränität des Papstes als die des Königs Victor Emanuel enthalten sei; sodann verlange die römische Curie, der Wiedereintritt der Bischöfe in ihre Sprengel solle nicht vom Ermessen der Regierung abhängen, sondern davon, ob die Bevölkerungen deren Rückkehr ruhig geschehen lassen. Begezi hat namentlich gegen die Rückkehr der Cardinali Riario-Sforza nach Neapel und de Angelis nach Fermo Einsprache erhoben; da nun aber gerade Riario-Sforza zum Mitgliede der Commission ernannt wurde, welcher der Papst die Führung der Verhandlungen übergeben hat, so liegt es auf der Hand, daß es hier auf eine Demüthigung der italienischen Regierung abgesehen war, welche diese sich kaum wird gefallen lassen können, wenn man bedenkt, wie die Stimmungen der Bevölkerungen in Neapel beschaffen ist.

**Frankreich.**

\* Paris, 20. Juni. [Ueber die Angelegenheit des Prinzen Napoleon.] Schreibt man der „R. Z.“: Ich habe Ihnen bereits gestern mitgetheilt, daß der Prinz Napoleon vorgestern zum Kaiser beschieden worden und mit ihm eine lange Unterredung gehabt hat; ich habe aber zugleich einen Zweifel darüber erhoben, daß diese Conversation, wie manche anzunehmen geneigt waren, zu einer Verständigung führen werde. Heute bin ich nun in der Lage, versichern zu können, daß der gedachte Ausgleich nicht zu Stande kam. Ich glaube auch, nicht weniger gut unterrichtet zu sein, wenn ich hinzufüge, daß der eigentliche Grund dieses Zerwürfnisses weder in der Verschiedenheit der beiderseitigen politischen Grundsätze und Ansichten, noch in der Heftigkeit der in Ajaccio gehaltenen Rede, sondern in der Thatfache zu suchen sei, daß der Prinz in der genannten Rede der dynastischen Interessen der kaiserlichen Familie gar nicht gedachte. Da nun ein derartiger Fehler offenbar nur mit der Zeit in Vergessenheit gerathen kann, so bleibt der Prinz dabei, seine Familie nach Pragins zu begleiten und dann ins Seebad nach Havre zu gehen, um sich dort einige Monate aufzuhalten und zuzuwarten.

[In Sachen Algeriens] spricht man von einem doppelten Senatus-Consulto, wovon der erste das dortige Beamtenpersonal auf einer neuen Grundlage zu regeln bestimmt ist, der zweite sich mit der Umgestaltung des Verwaltungssystems beschäftigt soll. Jedoch nur die Bestimmungen des ersten sollen schon im laufenden Jahre in Kraft treten, die Anordnungen des zweiten hingegen erst dem kommenden Jahre vorbehalten werden.

[Mexicanisches.] Die „France“ entnimmt einer Correspondenz, die ihr Vertrauen einflößt, daß alle beunruhigenden Gerüchte über Mexico aus der Luft gegriffen seien, da alles vortreflich gehe und Ortega aus dem Punkte stehe, sich zu unterwerfen. Es ist indessen kaum noch zweifelhaft, daß die Regierung sich entschlossen hat, binnen der kürzesten Zeit Verstärkungen im Betrage von 10,000 M. nach Mexico zu werfen; man bereitet schon die Dampfschiffe vor, die sie hinüber führen sollen. Dies bestätigt auch die eben erschienene „Patrie“ mit dem Zusätze, daß das Commando des Herbstfeldzuges der Marschall Bazaine persönlich führen wird.

[Der Kutscherstreik und die Regierung.] Die Regierung scheint trotz aller Kundgebungen der Presse das Monopol der societe imperiale des voitures aufrecht erhalten zu wollen. Es geht dies aus einem „Communiqué“ über den Kutscherstreik hervor, welches heute der „Opinion nationale“ zugegangen ist, und in dem sich folgende Stelle befindet: „Die Regierung mischt sich nicht in Streitigkeiten der Arbeiter und Herren, und sie hat keinen Grund zu interveniren, da die Ruhe keinen einzigen Augenblick gestört worden ist.“ Die „Opinion nationale“ hatte sich diese Berichtigung dadurch zugezogen, daß sie behauptet, die Regierung wolle der Gesellschaft Soldaten zur Verfügung stellen, was natürlich streng gelehnet wird. An officiellen Vorübungen fehlt es aber nicht und zum Organ derselben macht sich die „Gazette des Tribunaux“, welche von Hrn. Paillard der Billeneuve, einem Mitgliede des pariser Gemeinderaths, redigirt wird. Diefem Blatte zufolge hätte die Regierung nun doch bereits Maßregeln ergriffen, indem sie einige „Räufelstörer“ habe verhaften lassen, angeblich weil sie zur Einschüchterung jener, welche die Arbeit fortsetzen wollten, Drohungen und Gewalt gebraucht hätten. Auch scheint es gelungen zu sein, die Furchtsamen, welche es nicht zum Außersitzen kommen lassen wollen, gegen die Urheber des in der „Opinion nationale“ veröffentlichten Ultimatum der Kutscher aufzubringen. Diesen hat man nämlich begreiflich gemacht, daß die mehrerwähnte Forderung, die Gesellschaft solle nur solche Kutscher anstellen, welche gewisse Vorbedingungen erfüllt hätten, als Eingriff in die Rechte der Gesellschaft unter Anwendung des Art. 416 des Strafgesetzbuches, sowie derselbe durch das Gesetz vom 25. März 1864 verändert worden, bestraft werden könnte. Dieser Artikel 416 trifft diejenigen Arbeiter oder Arbeitgeber, welche „mittels Bitten, Verböten, Vorschriften und in Folge eines verabredeten Planes ausgeprochener Unterfügungen die freie Ausübung der Arbeit oder Industrie antasteten.“ Die „France“ erklärt heute gleichfalls: „Auf die eine oder die andere Weise sind wir einer Lösung nahe.“ Die Monopolgesellschaft wird diesem Blatte zufolge Alles ausbieten, um die Lücken zu füllen, ohne die widerspenstigen Kutscher wiedernehmen zu müssen. Da die Gesellschaft das Monopol für Paris hat, so laufen diese Kutscher schließlich also Gefahr, ihr Gewerbe nicht mehr in Paris ausüben zu dürfen. Wenn Art. 416 wirklich zur Anwendung kommt, so hat die Regierung in dem Strafgesetze ein Rettungsboot gefunden, um das Monopol, das sie der Gesellschaft verlieh, und das ins Wasser zu fallen drohte, flott zu erhalten. Mißlingt die Sache den Kutschern, so werden die Maurer, Gasarbeiter u. s. w., die auf dem Sprunge stehen, die Arbeit einzustellen, sich den Schritt wohl zweimal überlegen; die Regierung aber wird sich nicht verhehlen dürfen, daß durch ihr Einschreiten sie allen Groll der Gemäßigten und Einschüchterten auf sich selber lenkt und bei politischen Krisen es auszubaden haben wird. — Uebrigens beschäftigt die Arbeitseinstellung der Droschkenkutscher nicht nur die Regierungskreise, sondern auch den Kaiser selbst. Als ihm gestern einer von seinen Ministern die auf der Börse sich kundgebenden Intriguen ausmalte und dabei bemerkte, es müsse etwas dagegen geschehen, da sonst ein coup de bourse zu befürchten sei, antwortete er: „Je ne crains pas les gens à coups de bourse, mais ce qui me préoccupe ce sont les gens à coups de poings.“ Die Presse erklärt sich immer einstimmiger gegen das Monopol der Gesellschaft.

[Mr. Ducour und die Kutscher. — Die übrigen Strike's.] Heute ist an allen Straßenecken von Paris ein Zettel angehängt worden, worin Herr Ducour, der Director der „Compagnie imperiale“, alle Diejenigen, welche Paris kennen und zu fahren verstehen, auffordert, sich mit ihren Zeugnissen auf seinem Bureau einzufinden. Als Lohn verspricht er ihnen 3 Fr. pro Tag und Trinkgeld, also das, was er bisher auch gab; die Gesellschaft giebt in keiner Weise nach. Bis jetzt gelang es Ducour, ungefähr 500 aufzutreiben, alle Stallknechte und übrigen Beamten, die nur irgend fahren können, mitgerechnet. Diese neuen Kutscher werden freilich vom Publikum vielfach verspottet, und obgleich der Mangel an Wagen sehr stark ist, so bedient man sich derselben so wenig als möglich. Auf das gestrige Schreiben des Herrn Ducour an die „Opinion nationale“ haben die Kutscher nicht verfehlt, zu antworten.

Es wird von ihnen zuerst constatirt, daß diejenigen, welche seit letztem Donnerstag aus der Gesellschaft haben treten wollen und ihre Caution zurückverlangt, die Kasse verschlossen gefunden haben; dann berichten sie, daß die Unterredung, die ihre Delegirten gestern mit Herrn Ducour hatten, kein Resultat gehabt. Was seine Behauptungen in dem erwähnten Briefe betrifft, so würden die 50 C. für die Kleidung der Kutscher nie zurückerstattet; man zwingt sie im Gegentheil, jedes Jahr eine Uniform von 80 Fr. zu nehmen, selbst wenn sie deren nicht bedürften. Was die übrigen Abzüge anbelangt, so betragen dieselben 1 Fr. 10 C. (mit der Kleidung und der Ausrüstung also im Ganzen 1 Fr. 70 C.) Herr Ducour habe behauptet, daß es verboten sei, diese zu bezahlen, während die Kutscher sagen, daß, wenn sie sich diesen Lasten entziehen wollten, sie weggeschickt worden wären. Den Strafen hätten sich die Kutscher nie entzogen, wenn sie gerecht gewesen wären; Herr Ducour habe behauptet, zwei Drittel der Strafgeelder seien für eine Hilfskasse bestimmt. Herr Ducour habe ihnen dies schon 1858 gesagt, aber bis

Offiziere fingen an, in der Stille zu commandiren: „Den Hut unter den linken Arm! — Den rechten Fuß vor! — Die Brust heraus! — Den Kopf in die Höhe! — Die Briefe aus der Tasche!“ — Mit der rechten Hand hoch gehalten: — So steht!“ — Sie gingen fort und saßen sich immer um, ob ich auch noch so würde stehen bleiben. Ich merkte wohl, daß sie belächelten, ihren Spaß mit mir zu treiben; stand aber wie eine Mauer, voller Furcht. Die Offiziere waren kaum aus dem Garten hinaus, so richtete sich der König auf und sah die Maschine — Telegraphenfigur oder was man es immer nennen mag, mit aufwärts zum Himmel weisenden Papieren — in ungewöhnlicher Postur dastehen. Er that einen Blick auf mich, es war, als wenn mich die Sonne durchstrahlte; schickte einen Gärtner, die Briefe abzuholen, und als er solche in die Hände bekam, ging er in einen anderen Gang. Ich sah ihn nicht mehr. Kurz darauf kam er wieder zu dem Gewächshaus, hatte die Papiere in der linken Hand ausgeschlagen und winkte damit, näher zu kommen. Ich hatte das Herz und ging gerade auf ihn zu. D, wie allerbüchrigst redete mich der große Monarch an! „König: „Lieber Thüringer, Er hat zu Berlin durch fleißigen Informiren der Kinder das Brodt gesucht; so haben sie ihm beim Witziren seiner Sachen auf dem Pacht Hofe sein mitgebrachtes Thüringer Brodt weggenommen. Wahr ist es, die Bagen sollen in meinem Lande nicht mehr gelten; aber sie hätten auf dem Pacht Hofe sagen sollen: Ihr seid ein Fremder und wisst das Verbot nicht; — wohlan, wir wollen den Beutel mit den Bagen versiegeln; gebt solchen wieder zurück nach Thüringen, und laßt Euch andere Sorten schicken. Aber nicht wegnehmen — Gebe Er sich zufrieden; Er soll sein Geld cum Interesse zurück erhalten. — Aber, lieber Mann, Berlin ist schon ein heißes Pflaster, sie verschicken da nichts. Er ist ein fremder Mensch; ehe Er bekannt wird und Information bekommt, so ist das Bischen Geld verzehrt; was dann?“ (Schluß folgt.)

kurz vorher von demselben Verfasser herausgegebenen Schrift über die Unterhandlungen des Cardinal Antonelli mit Cabour und Ricafoli über das Aufheben der weltlichen Macht der Kirche in Verbindung. Hiernach war der Verfasser nach der Schlacht von Castelfidardo, auf dem Zuge Garibaldi's durch Sicilien und Calabrien bis nach Neapel, während der Belagerung von Gaeta, von Cabour beauftragt worden, über die Verbindung Roms mit dem Königreiche Italien zu unterhandeln; Cardinal Antonelli war schon darauf vorläufig eingegangen, daß Victor Emanuel als König von Italien anerkannt werden sollte, und daß auch die Verwaltung des Ueberrestes des Kirchenstaates dem Könige als päpstlichen Vicar übertragen werden solle, wogegen ihm eine gewisse Civil-Liste und eine solche auch für die Cardinale festzustellen werden sollte, die zugleich als Senatoren sich in der ersten Kammer erhalten sollten. Nun handelte es sich noch um die der Kirche zu gebende Sicherheit. Damals war der französische Gesandte, als er durch Unvorsichtigkeit der Unterhändler von diesem versuchten Vertrage Kenntniß erhielt, gegen ein solches Abkommen, das auch gegen diesen Gesandten von Antonelli bekräftigt wurde. Der Verfasser, Jsaia, wurde desabundirt, er war überhaupt, wie auch der liberale Cardinal d'Andrea, unliebsam, der erste sogar aus Rom verwiesen, worauf er in Turin, sowie der Jesuit Passaglia, als Gegner der weltlichen Macht des Papstes austrat. Nach dem Tode von Cabour versuchte der Minister Ricafoli wieder Unterhandlungen mit Antonelli anzuknüpfen, da der französische Minister Thouvenot am 11. Januar 1862 dem römischen Hofe angetragen hatte, die vollendete Thatfache anzuerkennen, allein unterdeß hatte der thätige Jesuit Perrone dahin gewirkt, daß bei Gelegenheit der Heiligpredigung der japanischen Märtyrer eine Art von Concilium in Rom durch Bischöfe aller katholischen Länder zusammentreten konnte, wobei das Verzeichniß der verderblichen Lehren der Jetztzeit, der Syllabus, entworfen wurde. Doch konnte Perrone dessen Bekanntmachung durch einen päpstlichen Hirtenbrief nicht durchsetzen, weil viele Cardinale und der Bischof Dupanloup aus Orleans sich dagegen erklärten, und so wurde dieser Syllabus in der Archiv des Vaticans niedergelegt. Als aber die italienische Regierung mit Aushebung vieler Klöster vorging und das bekannte Werk von Renan so viel Beifall fand, gewann die Partei der Jesuiten die Oberhand, und als sogar die September-Convention in Paris bekannt geworden, da wurde der Syllabus wieder hervorgeholt und die Encyclika vom 8. December erlassen, um die weltliche Herrschaft des Papstes für die Kirche zu erhalten. Dieses wichtige Werk stimmt auch mit der Encyclopaedia di Botero jetzt herausgegebenen Schrift über die neuesten Verhandlungen in Rom überein.

**Braubach.** [Frauen-Emancipation.] Unsere Stadt bietet ein interessantes Beispiel weiblicher Emancipation, das wir als Beitrag zur Culturgeschichte des 19ten Jahrhunderts mittheilen wollen. Wie an vielen Orten des deutschen Vaterlandes, herrscht auch hier unter der männlichen Bevölkerung die iblethetische Sitte des Wirthshausgehens und des Klebenbleibens. Der weibliche Theil der Bevölkerung zog weiblich dagegen zu Felde, jedoch ohne Erfolg; man vereinigte sich bei Thee und Kaffee, aber auch diese Association hatte nur den Erfolg der Opposition, die Männer saßen nur um so fester in ihrem Bierclub, wenn sie die Frauen beim Kaffee- oder Thee-Klatsch wußten. Endlich versahen die Frauen auf das geniale Mittel, die Männer mit den eigenen Waffen zu bekämpfen. Kaffee und Thee werden verbannt und ein Concurrenz-Bierclub errichtet. Jetzt kann man die Schönen der Honoratiorenschaft wöchentlich einigemal sehen, wie sie in ihrem Clubhaufe zusammen kommen. Sie sitzen dort mit dem Stricktrumpfe oder der Näherei beschäftigt um den Tisch, auf dem ein Fäßchen Bier aufgelegt ist, vor jeder Schönen ein schäumendes Stammweib, die Handarbeit oder der Redelust wird nur unterbrochen, wenn die betreffende Schöne ihre Verpflichtungen im Vor- oder Nachtrinken erfüllt, oder wenn die Präsidentin einen allgemeinen Salamander commandirt. Ueber den Erfolg dieser Unternehmung der Frauen sind die Ansichten noch sehr getheilt. Viele behaupten, daß er ein günstiger sein werde, indem schon bedeutende Vreschen in den männlichen Club geschossen seien und viele Herren sich in den neuen weiblichen Bierclub als Connetnabanten haben aufnehmen lassen. Andere dagegen behaupten, daß die Männer jetzt zwei Clubs statt des früher einzigen besuchen.

**Poserna** (bei Weihenfeld), 18. Juni. [Zum Andenken Seume's.] Nachdem zur hundertjährigen Geburtsstagsfeier des Dichters Joh. Gottfried Seume am 29. Januar 1863 an seinem Geburtsorte hieselbst eine vom Buchhändler Keil in Leipzig beschaffte Denktafel unter entsprechender Feierlichkeit besetzt worden, war durch den Professor Niese zu Porta Seume's bronzirtes Bild zu Weihnachten v. J. hierher geschickt worden, welches der Pastor Bornhal hieselbst am 15. Juni d. J., dem Begräbnißtage des 1810 zu Teplitz verstorbenen Dichters, über gedachter Denktafel hat besetzen lassen.

a. o. Das bekannte Brodbausche Conversations-Kalicon schreibt auch in seiner ersten Auflage rasch vorwärts. Kürzlich ist der vierte Band vollständig geworden, welcher von „Cabral“ bis „Dampfschiff“ reicht und wieder viel des Neuen und allgemein Interessanten aus den verschiedenen Gebieten des menschlichen Wissens enthält. Die glänzende Aufnahme, welche diese neueste Auflage überall gefunden hat, zeugt deutlich, daß die Redaction ihre Aufgabe dem Bedürfnis entsprechend löst, und der billige Preis bietet auch den minder Bemittelten Gelegenheit, sich in Besitz dieses allgemein beliebten Werkes zu setzen.

\* Geschichte und Beurtheilung der päpstlichen Encyclika und des Syllabus, vom 8. December 1864. Außerordentliches Aufsehen macht jetzt in Italien ein Werk des Priesters Antonio Jsaia aus Sicilien, welcher lange Secretär des Cardinals d'Andrea in Rom war, das er in Turin über diesen Gegenstand herausgegeben hat. (Storia ed efame della enciclica e del Syllabo del 8. Decbr, 1864. Torino, 1866.) Das Werk steht mit einer

Berlin. [Donato +.] Der aus seinem Gastspiel im Kroll'schen Theater während des Winters auch hier bekannte einbeinige Tänzer Juliano Donato ist in einer kleinen Stadt in Frankreich auf der Durchreise nach Nizza am 10. M. gestorben.

jezt habe er weder Rechnung abgelegt, noch sei irgend ein Kutscher der Gesellschaft unterstellt worden. Die Kutscher geben zu, daß nicht alles eingekommene Geld abgeliefert worden sei, aber sie verlangen gerade deshalb Lobnerhöhung, „um nicht mehr genöthigt zu sein, Herrn Ducoux zu beschleiden.“ Was die Durchschnittssumme, die sie abzuliefern haben, betrifft, so wird dieselbe nicht per Monat, sondern per Tag berechnet, und man verhoffentlich nicht die vorgeschriebene Höhe erreicht hat, so muß der Kutscher sofort das Fehlende hinzufügen, oder den Dienst verlassen.

Die Abtrittreiner haben die Arbeit wieder aufgenommen; die Unternehmer dieser Arbeiten haben ihnen die verlangte Lohnerhöhung von 25 pSt. zugestanden, zugleich aber die Abtrittreinigung verhältnismäßig erhöht. — In Lyon dauern die Strike der Färbearbeiter und Färber fort; mehrere Verhaftungen haben dort stattgefunden. Die Arbeiter der hiesigen Gasgesellschaft werden ihre Arbeit jetzt nicht einstellen; man hat ihnen nämlich vorgeschickt, es gehe nicht, da sie nicht per Tag, sondern per Monat bezahlt, also keine Arbeiter, sondern Beamte seien. Jedenfalls ist diese Auslegung des Coalitions-Gesetzes neu.

[Im Senate] brachte bei Gelegenheit einer Petition Baron Dupin die Arbeiterfrage und den Kutscherstreik zur Sprache, indem er es betonte, die Arbeiter trieben mit dem Coalitions-Gesetze einen beklagenswerthen Mißbrauch; die Regierung müsse daher Maßregeln ergreifen, und es müsse, wenn das Coalitions-Gesetz nicht zurückgenommen werden solle, was Redner am liebsten sähe, nothwendig ein neues Strafgesetz votirt werden, und Senat wie gesetzgebender Körper hätten hierbei die Regierung zu unterstützen.

[Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers] betraf das Budget der öffentlichen Arbeiten, dessen Artikel 3 und 4 angenommen wurden. Poyser-Quertier, Duegne und Marie klagten, daß der französische Erzeugnisse zu wenig gegen deutsche Nachahmungen schütze. Namentlich Art. 28 über die Fabrikzeichen und Emballagen, über Muster u. s. w. sei zu unbestimmt gehalten und gewähre nicht den nötigen Schutz. Der Vice-Präsident des Staatsrathes und der Staats-Minister erklärten jedoch, der Vertrag biete den französischen Fabricaten den nötigen Schutz, man habe den französischen Fabricanten aber nicht umfassendere Rechte verschaffen können, als Preußen seinen eigenen Fabricanten biete, das keine Zeichenmarken, sondern nur Marken mit Namen anerkenne.

[Verschiedenes.] Die Legung des neuen unterseeischen Telegraphenkabels von Marafa, an der Westküste von Sicilien, nach La Galle, an der Ostküste von Algerien, ist vollkommen gelungen. — In Cherbourg werden jetzt vier neue gepanzerte Schiffe gebaut. Das eine derselben, das den Namen „Taurau“ führt, hat nur eine Kanone, die sich in einem eisernen Thurm befindet. Diese Kanone wiegt 22 Tonnen und wirft Kugeln, die ein Gewicht von 500 Pfund haben. Die Maschine hat 500 Pferdekraft und das Schiff macht zwölf Meilen in einer Stunde. — Die allgemeine Ausstellung von 1867 kommt, wie jetzt definitiv beschlossen ist, aus Warsfeld; das Gebäude wird für die Dauer von drei Jahren hergerichtet. — Der Platz, auf welchem das neue „Hotel Dieu“ (das bekannte pariser „Hospital“) verlegt werden soll, wird 25 Millionen Fr. kosten! — Der Druck des zweiten Bandes der Geschichte Cäsar's vom Kaiser Napoleon hat begonnen.

**Großbritannien.**

E. C. London, 20. Juni. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] erklärte Carl Russell auf eine Frage Lord Broughams, die Correspondenz über den Sklavenhandel werde in ein paar Wochen druckreif sein. In Spanien und selbst auf Cuba herrsche in diesem Punkt jetzt eine bessere Stimmung. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe der Ausrottung von Sklavenfahrern in Newpor ein Ziel gesetzt und bestrafe die Sklavenhändler mit geziemender Strenge. — Lord Brougham bemerkt, das Benehmen der amerikanischen Regierung mit Bezug auf die Sklaverei und den Sklavenhandel verdiene das höchste Lob. Er benutze diese Gelegenheit, um die in England und zum Theil auch in Amerika verbreitete Meinung zu berichtigen, daß er die Rebellion der sklavenshaltenden und sklavensuchenden Staaten des Südens gebilligt habe. Nie habe er durch Wort oder That die geringste Sympathie für sie zu erkennen gegeben.

[In der Unterhaus-Sitzung] beantragte Mr. Griffith die Resolution, daß der Staatssecretär des Krieges (jetzt der Carl de Grey und Ripon) stets ein Mitglied des Unterhauses sein sollte, weil dann die Militärbehörden und die constitutionelle Regierung harmonischer zusammenwirken könnten. — Lord Palmerston, der die Motion bekämpfte, machte bemerkt, daß es unmöglich wäre, alle Departementschefs in einem der beiden Häuser zu concentriren. Wenn ein Paar zufällig die beste Befähigung für ein gewisses Amt besäße, so könne er ja darum nicht aufhören, Mitglied des Oberhauses zu sein. Die constitutionelle Controle über die Verwaltung der verschiedenen Departements leide dabei keinen Abbruch. Der Unterhaussecretär des Krieges (Marquis of Hartington), der im Hause der Gemeinen sitze und sein Amt meisterhaft verwalte, sei ja jeden Augenblick bereit, über alle Details seiner Verwaltung Auskunft zu geben. Der Antrag werde darauf ohne Abstimung verworfen. — Mr. Hubbard lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf den 5. Artikel des mit dem Zollverein geschlossenen Handelsvertrages, wodurch sich England auf eine lange Reihe von Jahren verpflichte, die zollfreie Kohlen-Ausfuhr zu gestatten. Kohle und Eisen, diese schätzenswerthe Gaben der Vorsehung, so wie die wesentlichsten aller Kriegsmaterialien, solle man nicht ohne entprechendes Entgelt dem Auslande zumommen lassen. Ueberdies habe man versäumt, zu bedingen, daß in Deutschland kein Einfuhrzoll auf die freie exportirte Kohle gelegt werden dürfe. Der Zollverein habe keinen Wunsch geäußert, den Engländern in gleich liberalen Sinn entgegenzukommen, da er die Ausfuhr von Lumpen durch einen Zoll von 5 Str. für die Tonne erwähre. — Mr. Milner Gibson erinnert, daß das Parlament sich schon aus Rücksicht auf die einheimische Industrie und den Erwerb der Grubenarbeiter, gegen jeden Ausfuhrzoll auf Kohlen erklärt habe. Was den Zollverein betreffe, so habe er den Zoll auf Baumwolle, Wolle und Leinen- und Stabfabrikate und viele andere Artikel ermäßigt, und England mit einem Schläge alle Zugeständnisse gemacht, welche Frankreich, Belgien und Oesterreich erst nach jahrelangen Unterhandlungen von ihm erlangt hätten.

[Die Verhandlungen zwischen England und Canada.] Die Regierung veröffentlicht heute, in Form einer Depesche des Colonial-Ministers, das Resultat ihrer Conferenzen mit den vier aus Canada herübergekommenen Commissaren. Wie alle amtlichen Actenstücke dieser Gattung sagt er der Welt nicht die Hälfte von dem, was zu sagen ist, und läßt sich in Einzelheiten der stattgefundenen Verhandlungen nun schon gar nicht ein. Es bestätigt einerseits, schreibt man darüber der „R. Z.“, die Thron vor wenigen Tagen gemachte Mittheilung, daß ein definitives, bleibendes Uebereinkommen nicht zu Stande gekommen, daß die Geldfrage über dieses Besitzungs-System zumal noch nicht zur Erledigung gelangt sei. Andererseits aber widerlegt es die von conservativer Seite ausgesprochenen Gerüchte, daß die Canadianer mit leeren Händen, enttäuscht und unzufrieden, in ihre Heimath zurückkehren. Das ist entschieden unwahr. Persönlich wurden sie hier, wie es ihrer Stellung ziemt, mit größter Aufmerksamkeit behandelt. Von der Königin und dem Prinzen von Wales an ließen alle Personen von Einfluß und Stellung es sich sehr angelegen sein, den Delegaten zu zeigen, welchen Werth England auf die Fortdauer einer allerinnigsten Beziehung zu Canada und eventuell zur neuen Conföderation lege. Die vier Minister, welche aufgerufen waren, mit ihnen zu conferiren (die Minister des Krieges, der Marine, der Colonien und der Schatzkanzler), erklärten ihnen gleich bei der ersten Sitzung, daß es Englands aufrichtiger Wunsch sei, das Zustandekommen der Conföderation auf breiter Basis zu fördern, daß Canada auf den Schutz des Mutterlandes rechnen dürfe, so lange es dessen bedürfe, daß aber England nie Zwang anwenden würde, es als Colonie festzuhalten, wenn es je gefonnen sein sollte, sein Schicksal von dem des Mutterlandes zu trennen. Damit waren Cardinal-Prinzipien festgestellt, wie sie von den Canadianern unmöglich besser hätten erwartet werden können. Die Hauptschwierigkeit war, wie gesagt, die Geldfrage behufs der Vertheidigungswerte. Die Canadianer wären gern mit der Zusicherung nach Hause gereist, daß England ihre zu solchen Zwecken abschließende Anleihe garantiren werde, wogegen die englische Regierung erst nach Vorlegung des Organisations- und Vertheidigungsplanes die Garantieforderung näher erörtert haben will. Dabei blieb es. Wie aus der betreffenden Depesche des Colonial-Ministers an den General-Gouverneur Mund zu ersehen, kam man sich auf halbem Wege entgegen. Die weitere Entwicklung und Zukunft der nordamerikanischen Colonien wird von der Haltung der Vereinigten Staaten abhängen; England hat allen Grund, sie wohlwollend und selbst mit eigenen Opfern möglichst zu fördern.

[Die Atlantic Telegraph Company] zeigt an, daß sie durch Emission von 250,000 Pfd. St. 8procentiger Actien ihr Capital auf 1,300,000 Pfd. St. erhöht; nur 10,000 dieser 5 Pfd. St. Actien werden ins Publicum kommen. Die Directoren rechnen, wenn das Unternehmen dauernd erfolgreich ist, auf einen Jahresgewinn von einer Million Pfd. St., indem sie das mit der Regierung bisher verabredete Maximum des Zarfs beseitigt haben, und einsteilen bis zum 1. September versuchsweise ihren Tarif einführen und abändern, wie es geboten erscheint.

[Der Besuch der französischen Flotte.] Dem Major von Plymouth ist seitens der Admiralität die amtliche Anzeige zugegangen, daß die französische Flotte den Hafen jedenfalls nicht vor dem Monat August besuchen wird.

**Amerika.**

Newyork, 8. Juni. [Die amerikanischen Entschädigungsklagen.] Die angeblich peremptorische Forderung des Präsidenten Johnson, daß England unverzüglich die Entschädigungsklagen, welche der amerikanische Handelsstand für seine Verluste durch die in englischen Häfen ausgerüsteten südafrikanischen Caperschiffe erhoben habe, zum Austrage bringe, schrumpft — wie eine von dem Staatsministerium autorisirte nichtoffizielle Berichtigung darthut — zu dem Erlasse einer einfachen Notification zusammen, daß jene Entschädigungsklagen zugleich und in Verbindung mit gewissen aus der Blockade entsprungenen Ansprüchen britischer Unterthanen vorgebracht werden würden. Die britischen Kronspandici hätten sich bekanntlich gegen die amerikanischen Forderungen ausgesprochen, doch werde jetzt, da der Friede wieder hergestellt sei, die britische Regierung vielleicht auf die Einsetzung einer gemischten Commission eingehen, welche die beiderseitigen Ansprüche zu entscheiden haben werde.

[Zilgung der National-Schuld.] Mit merkwürdiger Lebhaftigkeit wird in der newyorker Presse die Discussion über den Vorschlag fortgeführt, die nationale Schuld, 2635 Millionen Dollars, durch eine allgemeine Subscription oder auch auf andere schnell wirkende Weise zu tilgen. Das „Journal of Commerce“ ist einer der unermüdeten Fürsprecher für die rasche Liquidation der Schuld, hält aber von dem Wege der Subscription nicht eben viel. Der Rath sei zwar sehr populär und habe manche empfehlende Vorschläge; während aber die Amerikaner zwar leicht erregbar seien und Pläne solcher Art mit wunderbarer Energie ergreifen, fehle ihnen zugleich die Geduld, die nothwendige Begeisterung lange genug zu nähren, daß der ganze Betrag gezeichnet würde. — Ein Umstand, aus welchem man auf eine gute Vermischung deutschen Blutes in der amerikanischen Nation schließen möchte.

**Provinzial-Beitrag.**

Breslau, 23. Juni. [Tagesbericht.]

[Bürger-Jubiläum.] Rünftigen Monat feiern in hiesiger Stadt ihr 50. resp. 60jähriges Bürger-Jubiläum: 1) der Hausbesitzer und Kaufmann Nathali Horwich, Reuschstraße 50, er wurde Bürger am 10. Juli 1815; 2) der Hilfs-Rückendienstler bei der Kirche St. Elisabeth, Johann Wilhelm Gottlieb Schulz, früherer Tuchwähermeister, Seminarstraße 3 wohnhaft, wurde Bürger am 26. Juli 1805; 3) der frühere Schneidermeister, jetzige Inquilin der Bürgerverforgungs-Anstalt, Wolfgang Reubel, wurde Bürger am 26. Juli 1805. Alle drei Jubilare erfreuen sich einer ziemlich guten Gesundheit.

[Militärisches.] Aus Anlaß des 50jährigen Gedenktages der Schlacht bei Belle-Alliance sind im Bereiche des 6. Armeecorps u. A. nachstehende Beförderungen erfolgt: General-Lieut. v. Ditzgraben, Commandant von Breslau, erhielt ein Patent seiner Charge. Den Charakter als General-Lieut. erhielten die General-Majors Herzog v. Ujest, Fürst zu Hohenlohe-Dehringen, à la suite der Armee, und der Herzog von Ratibor, Fürst v. Corvey, à la suite der Armee. Ferner wurden Oberst v. Borstell, Commandeur der 11. Cav.-Brigade (Breslau) zum General-Major, die Oberst-Lieut. v. Jglinitz, Commandeur des 2. Schlef. Gren.-Regts. Nr. 11, v. Sperling, Chef des Generalstabes 6. Armeecorps, v. Krane, Commandeur des 2. Schlef. Dragoner-Regts. Nr. 8, Baumgarth, Commandeur des Schlef. Ulanen-Regts. Nr. 2 zu Obersten, die Majors v. Knobelsdorff vom Schlef. Jnf.-Regt. Nr. 38, Gerike, vom 4. Oberchl. Jnf.-Regt. Nr. 63, v. Riemleick, vom 2. Oberchl. Jnf.-Regt. Nr. 23, v. Schtopp, vom 1. Niederschl. Jnf.-Regt. Nr. 46, v. Schmidt, vom 1. Schlef. Gren.-Regt. Nr. 10, v. Chamier, vom 2. Oberchl. Jnf.-Regt. Nr. 23, v. Franck, vom 2. Niederschl. Jnf.-Regt. Nr. 47, Dietrich, Commandeur des Schlef. Bionnier-Bat. Nr. 6 zu Oberst-Lieut. befördert.

[Pensionirung.] Wie man von durchaus verlässlicher Seite erfährt, ist der bisherige Corps-Auditeur des 6. Armeecorps, Ober-Auditeur Justizrath Nowak, nachdem derselbe den Charakter als Geh. Justizrath erhalten, in den Ruhestand versetzt worden.

[Personal-Chronik.] Bestätigt: Die Wahl des Kaufmanns Steinig zu Besoldung zum unbesoldeten Rathmann daselbst, so wie die Vocation des Lehrers Riepel und Niethe an die evangelische Rectorats-Schule zu Bischau. Verlegt: Der Förster Nagel von Krauschow auf die Försterei Stelle zu Lentau, Oberförster Kofel, und der Förster Korbich von Dohojk auf die Försterei zu Krauschow II., Oberförster Krauschow. Concessionirt: Der ehemalige Unterarzt Werner zu Neuland als Heilbedienter. Bestätigt: Die Vacationen des evangelischen Predigamt-Candidaten und früheren Rector Sigulus zum Religionslehrer und wissenschaftlichen Hilfslehrer an der höheren Bürgerschule zu Kreuzburg, und des lathol. Lehrers Janich an die Elementarschule zu Reiffe.

[Postalisches.] Wie verlautet, sollen die Stadtpost-Expeditionen, deren jetzt drei bestehen, wobei die Expeditionen auf den Eisenbahnhöfen nicht mitgerechnet, um zwei vermehrt werden, und soll je eine solche in der Lauenienstraße und auf der Friedrich-Wilhelmsstraße eingerichtet werden.

[Stadtgraben.] Nachdem die Regulirung der Abflüsse des benachbarten vollendet ist, übersteht man deutlich, wie sehr der Wasserpiegel fast überall eingeebnet worden. Selbst auf der inneren Seite des Stadtgrabens sind bedeutende Anhöhen entstanden, wie solche mit den Beschläffen der Stadt-Stadtverordneten nicht harmoniren dürften. Das Inhibitorium der königl. Regierung gegen die Vertheilung der Schlammpartie an der äußeren Abflüßung zwischen Kloster- und Borwerkstraße scheint bis jetzt nicht aufgehoben; denn noch werden die begonnenen Arbeiten nicht weiter gefördert.

[Hundewettrennen.] Gestern Nachmittag 6 Uhr wurde in dem neu gegründeten „Sausouci“ ein Hundewettrennen abgehalten. Zu diesem Schauspiel hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden. Es fanden drei Rennen statt; die Strecke, welche die Hunde durchlaufen mußten, betrug circa 100 Schritt. Den Preis des ersten Rennens (3 Thlr.) errang der Tigerhund des Wäldermeisters Haber; den Preis des zweiten (ein silbernes Halsband) der Fleischerhund des Herrn Schaffer; den dritten Preis (eine Cervelatwurst) des Fischermeisters Pirschke brauner Wudel. — Der Unternehmer beabsichtigt, noch ein zweites Rennen zu veranstalten, wo dieselben mehr nach Racen geregelt, stattfinden werden. — Wie wir erfahren, ist derselbe nach Berlin berufen, um auch dort ein Hundewettrennen in Scene zu setzen.

[Besichtigungsänderungen.] Oblauerstadtgraben 27, Verkäufer: Herr Kaufmann Arnold Herzfeld, Käufer: vereideter Zinssensal Herr Blagig. — Borwerkstraße 1c, Verkäufer: Herr Bauinspector Krach, Käufer: Herr Hof-Photograph Lau. — Oberstraße 7 und Kupferschmiedestraße-Edel 30 (weißer Bär), Verkäufer: Herr Partikular Niemand, Käufer: Herr Partikular Freund. — Grünstraße 22, Verkäufer: Hausbesitzer Mählich, Käufer: die Kaufleute Julius Lemald u. Co.

[Unglücksfall.] Gestern Nachmittag wurde auf der Straße am Weidenbäume ein Droschkenverder scheu und ging durch. Als das wilde Thier mit dem Wagen auf den Damm selbst hinaufwollte, wurde dieser gegen

einen starken Baum geschleudert, so daß das Verdeck und ein Rad vollständig zertrümmert und der Kutscher selbst am Kopf eine blutige Verletzung erhielt. Glücklicherweise befand sich Niemand im Wagen.

[Vorgestern] wollte ein junger Tagelöhner im dritten Stock am Schwendner-Graben Nr. 23 eine Leiter anmangeln. Er glitt dabei ab und stürzte aus nicht unbeträchtlicher Höhe herab, wobei er sich nicht allein einen Schädelbruch, sondern auch eine bedeutende Kopf- und eine Hüftwunde zuzog. — Gestern Vormittag um 11 Uhr waren in dem Hause eines hiesigen Zimmermeisters mehrere Zimmerleute an den eisernen Treppen des zweiten Stockwerkes beschäftigt, wobei auch von den oberen Stockwerken Holzstufen heruntergelassen wurden. Unerwartens stürzte eine solche Stufe plötzlich herab und schlug den einen Zimmermann zu Boden. Er fiel dabei auf eine Kante der eisernen Treppe und schlug sich den Hinterkopf durch. Beide Verunglückte sind nach dem Kloster der barmherzigen Brüder geschickt worden.

[Während der gestrigen Vorstellung] stürzte ein Arbeiter von dem Schnurboden im Stadttheater auf die Bühne und beschädigte sich derartig, daß er bewußtlos liegen blieb. Es wurde ein Arzt herbeigeholt, der einen Verband anlegte und den Verletzten, welcher inzwischen wieder zu sich gekommen war, per Droschke nach Hause schaffte.

[Vorige Nacht] passirte dem Nachzug von Lissa nach Hansdorf der Unfall, daß bei Sprottau an der Weichse der Koff sprang. In Folge dessen mußte aus Hansdorf eine andere Maschine requirirt werden und bestaunte benannter Zug den Anfluß an den Breslau-berliner Schnellzug. Der Nachzug von Breslau nach Berlin mußte in Hansdorf die Ankunft des obigen Zuges erwarten, und verfuhr auch 1/2 Stunden, da der Lissaer Zug am 12 Uhr 30 Minuten erst um 2 Uhr 30 Minuten ankam.

[Gestern Nachmittag] beschäftigten drei Dienstleute, welche mit Grasbauern auf dem morgener Weiden beschäftigt waren, sich in der Ohlau zu baden. Als dieselben den Strom an einer tiefen Stelle betraten, ging einer von ihnen sofort unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Ein Schwimmlehrer der Spigier'schen Badeanstalt eilte zwar sofort zu seiner Rettung herbei, doch gelang es demselben erst nach einer halben Stunde, den Verunglückten aufzufinden, und blieben natürlich die angestellten Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

[Gestern Vormittag] wurde der hiesige chirurgische Instrumentenmacher S. ohnweit der Ohlauertor-Expedition an einer Weide erhängt aufgefunden. Polizeilich mit Beschlag belegt: eine Viertelste mit zinnernem Deckel, letzterer mit der Nr. 60 versehen, sowie eine hölzerne Kiste, enthaltend zwei Handbeile, zwei kleine Sägen, ein gebrauchtes Sägelblatt, ein Hobel, ein messingener Birkel und ein Holzlegel.

Verloren wurden: ein goldenes Armbaillon, in welchem sich ein Herren-Portrait befand; eine Rolle Papier mit gelber Hülle und eine Brille mit goldenem Gestelle.

[Aufinden von Leichen.] Am 21ten d. Mts., Vormittags, wurde ein männlicher Leichnam, den die Ober angetrieben brachte, in der Nähe der Ufergasse an das Land gezogen und in dem Entleerten, der hiesige, bereits seit dem 13ten d. Mts. vermiste Droschkenführer B. erkannt. Derselbe war siebenunddreißig Jahre alt und soll in letzterer Zeit periodenweise an Geistesstörung gelitten haben. Er hinterläßt eine Wittve mit drei Kindern, Uhr und Portemonnaie, letzteres mit über fünf Thaler Inhalt, welche Gegenstände B. zur Zeit seines Verschwindens bei sich gehabt, wurden in den Taschen der Kleider des Entleerten vorgefunden.

An demselben Tage Nachmittags wurde auf dem Scheitwäher-Wege am sogenannten Scheibendamme ohnweit der hinter dem Scheitwäher-Bahle gelegenen Schule der Leichnam eines ungelannten Mannes aufgefunden, welcher muhmalich, da Spuren äußerer Gewaltthätigkeiten nicht vorhanden sind, daselbst in Folge eines Gehirnleidens plötzlich verstorben ist. Der Entleerte ist von mittlerer Größe, starkem Körperbau, 65 bis 70 Jahre alt, hat ein volles Gesicht, weißes Kophaar, einen weichen starken Bart und war bekleidet mit schwarzem Tuchrock, dergleichen Beinkleidern, schwarzseidener Zeugweste, weißem Vorhemden, schwarzseidnem Schlips, weißer baumwollener Unterje, dergleichen Unterhosen, welchem leinener Hemde, gez. G. H. Nr. 5 (gotisch), weißen baumwollenen Socken, überzogenen Samaketen und hohem Gute. In den Taschen der Kleider befanden sich ein braun gemustertes Taschentuch, eine Stahlbrille und eine Barbürste mit zerbrochenem Spiegel.

(Anz. u. Fr.-Bl.)

2. Gölzig, 22. Juni. [Jubiläum. — Störung des Gewerbebetriebs. — Baurath Martins.] Heut eigentlich der Tag, an dem das Gymnasium sein Jubiläum feiern sollte, denn am 22. Juni 1565 wurde unter dem Rectorat von M. Petrus Vincentius die Schule eingeweiht. Es soll vorzugsweise Rücksicht auf die Landgeistlichen gewesen sein, welche eine Verlegung der Feiertage auf den 26. u. 27. Juni veranlaßt haben. Das Programm des Gymnasiums enthält ein sehr reiches Material zur Geschichte der Schule, vom Director Schüt über die Zeit bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts auf 14 Bogen, und von Conrector Strube über die neuere Zeit auf 6 Bogen. Außerdem enthält das Programm noch ein griechisches Festgedicht von Dr. Liebig, eine kleine Dissertation: de discrimine Satirae et Epistolae Horatianae von Dr. Wiedemann und eine Kritik des Satyrischen Buches über Iulianus von Dr. Joachim. — In der gestrigen Sitzung des Gewerbevereins hielt der Fabrikbesitzer Wallach (Nyma: Wallach und Ahrend) einen Vortrag über „Störungen im Gewerbebetrieb“, der heute viel besprochen wird. Er brachte darin gewisse Schritte, welche die Polizei gegen ihn ergriffen hat, um ihn zu zwingen, in seiner dort zehn Jahren concessionsirten Fabrik, deren Dampfessel keine Veränderung erlitten hat, keine Steinlofen mehr zu brennen, weil sich vor einigen Jahren einige Nachbarn über das Rauchen der Esse beschwert haben. Es sind ihm in kurzer Frist eine Reihe von polizeilichen Verfügungen zugegangen, welche ihn für jedesmaligen Feigen mit Kohlen mit einer Executionsstrafe von 20 Thlr. belegen und die völlige Schließung der Fabrik in Aussicht stellen. — Der Gewerbeverein hat beschlossen, in einer besondern Sitzung die Angelegenheit zu beraten, und event. mit einer Petition an den Handelsminister zu gehen. — Nur historisch sei erwähnt, daß in der Dinstags-Sitzung der Stadtverordneten der Baurath Martins, der auf 12 Jahre wiedergewählt ist, eingeführt wurde.

1. Goldberg, 22. Juni. [Musik.] Der Herr Cantor Böhlke hat von seinen Verehrungen auf musikalischen Gebiete wieder einen anerkennenden Beweis des Fleißes an den Tag gelegt und gestern die Schöpfung von Joseph Haydn in der evangelischen Pfarrkirche zur Aufführung gebracht. Nachdem er schon längere Zeit mit seinen Sängern und Sängern die erforderlichen Vorbereitungen gemacht, und es ihm gelungen war, solche ausgezeichnete Kräfte für Solistimmen zu gewinnen, so konnte er es schon wagen, nicht nur den Vater Haydn in seiner Composition zu verberlichen, sondern auch allen Verehrern, Genossen und Jüngern im Gebiete der Kunst einen auf Geist, Herz und Gemüth erhebenden und befriedigenden Genuß zu bieten, wie er nicht oft geboten wird. Was die spezielle Aufführung betrifft, so vermochte in der Partie des Gabriel die Meistersängerin Frau Dr. Mampé, Babniga sich in ihrem Glanze erkennen zu geben, Herr Cantor Fischer, aus Jauer, sang mit dem erforderlichen Verstandnis und mit seiner schönen milden Tenorstimme den Uriel, Herr Cantor Dorn, aus Liegnitz, mit Fleiß den Rafael, die befriedigendsten Repräsentanten von Adam und Eva, ein Bild vollendeter Harmonie, bot ein lebenswürdiges Künstlerpaar, Herr Kreisbaumeister Schiller und Frau; mit mehr Innigkeit sind wohl niemals diese Partien dargestellt und gesungen worden. Die Ehre haben ihre Sache sehr brav gemacht, und wo es galt, ihre Kräfte nicht gespart. Aus der Instrumentalmusik der Kapelle des Königs-Grenadier-Regiments aus Liegnitz, war der Beruf des Militärs vermehrt der geschult und angemessenen Begleitung, nicht herauszufinden. Dem Herrn Dirigenten wünschen wir so z. B. den Herrn Musik-Director Bilse zum Vorbilde; ein guter Führer wiegt den Werth einer Armee auf. Es ist schon ein Fehler, wenn die Auffstellung eines großen Musikchors von dem Blase abhängig ist, besser ist es umgekehrt; im Schiffe der Kirche würden die Ehre mehr hervorgetreten sein, überhaupt die Orchestermusik einen andern Effect hervorgerufen haben. Die Beteiligte des Publikums war eine mäßige, obgleich die Einnahme zu einem wohlthätigen Zweck bestimmt, wird wohl nach Abrechnung der bedeutenden Kosten demselben nicht viel zulassen können. — Dem Herrn Unternehmer gebührt für sein ehrenvolles Streben gerechte Anerkennung.

Reichenbach, 23. Juni. [Zur Tageschronik.] In den letzten Tagen passirten auf der Reise von Berlin nach Camenz Ihre königl. Hohheiten der Prinz Albrecht (Sohn) und die Prinzessin Alexandra unseren Bahnhof. Die Frau Großherzogin von Sachsen-Weimar kam vorgestern, von Heinrichau kommend, hier durch. — Der Generalmajor des 6. Armeecorps, Herr Dr. Proß inspicirte gestern das hiesige Garnisonlazareth. — Am 21. d. M. feierte der Gustav-Adolf-Zweig-Verein in Langenbals in der feilich geschmückten Kirche sein Jahresfest. Die Collecte ergab für Vereinszwecke die Summe von 42 Thlr. — Die Turnvereine von Reichenbach und Grisdorf werden künftigen Sonntag eine Turnfahrt nach Ulbrichtshöh unternehmen. — Die wegen Verbauchs gewaltsamer Diebstähle inhaftirt gewesenen Individuen sind heut auf Veranlassung der königl. Staatsanwaltschaft wegen Mangels genügender Indicien auf freien Fuß gesetzt worden. Unter der

(Fortsetzung in der Beilage.)

Einwohnerschaft der Stadt erregt dies große Besorgnis und man fühlte sich aufs Neue in Unsicherheit versetzt.

□ Krieg, 19. Juni. [Verspätet.] Der fünfzigste Gedenntag des blutigen Siegestages von Belle-Alliance ist hierorts festlich begangen worden.

□ Kreuzburg, 18. Juni. [Der hiesige Männer-Gesangs-Verein] beging heute sein Fahnenweihefest, zu dessen Verherrlichung Sänger aus den Nachbarkirchorten...

\* Waisenschule, 22. Juni. In den Vorhöfen der hiesigen Herrschaft hat sich in diesem Frühjahre der Riecher-Küffelsäfer in sehr großer Menge eingestellt...

[Notizen aus der Provinz.] + Grünberg. Unser Wochenblatt schreibt: Das Gattungsfest in Sagan hat trotz des schlechten Wetters am ersten Tage einen ebenso glänzenden als glücklichen Verlauf genommen.

△ Krieg. Unser „Oberblatt“ meldet: Am 20. d. M. hat der Magistrat, als Patron der evangelischen Hauptkirche hier selbst, zum Pastor prim. an derselben erwählt den bisherigen Obergemeindepastor im polnischen Städtchen Schwierin an der Warthe, Herrn Philipp.

\* Kofel. Vom 26. bis 28. d. M. werden die Übungen der hiesigen Garnison im Festungsdiensft stattfinden.

□ Liegnitz. In Bezug auf die neulich gemeldete Notiz, daß der Kreisrat beschließen habe, den nichtamtlichen Theil des Kreisblattes nicht mehr auf Kosten der Kreisliste drucken zu lassen...

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen. Auf, 20. Juni. [Ganz unglücklich!] Während sich am zweiten Pfingstfesttage die Frau K. in G. auf dem Fluß eines Hauses befand, trat ihr S. aus R. hiesigen Polizei-Districts aus der Stube kommend entgegen...

Neustadt b. P., 19. Juni. [Schon wieder!] Während heut Nachmittag zwei Arbeiter in der palossauer Ziegelei (1/2 Meile von hier) mit ihrer Arbeit beschäftigt waren, bemerkte einer von ihnen das Zaubermehr des Zieglers, welches in einer Ecke des Zieglerschuppens stand.

Stirke, 18. Juni. [Unglücksfall.] Borgestern fuhr ein Eigenthümer aus Wittich bei Schwerin a. d. W. mit seinem Gespann, von dem nach dem Belegen Lehmberge Lehms zu holen.

Eisenbahn-Zeitung.

\* Breslau, 23. Juni. Die heutige ordentliche General-Versammlung der Actionäre der Reiffe-Wrieger Eisenbahn-Gesellschaft eröffnete Herr Banquier Carl Criel, als stellvertretender Vorsitzender mit der Mittheilung, daß in jüngerer Zeit der jetzige Director der Gesellschaft, Commerzienrath C. Heimann, sein Ausscheiden aus dem Directorium erklärt habe...

des Ausschusses, gemäß dem Bericht über die Prüfung der Rechnungs-Ab-schlüsse des verfloffenen Jahres, den Directoren für die Geschäftsführung Decharge. Hierauf wurde zur Neuwahl der statutenmäßig auszuwählenden, sowie vorerwähnten Verwaltungs-Mitglieder geschritten und erhielten von den vertretenen 168 Stimmen:

- 1) als Directions-Mitglieder Dr. Haber 168 St., Assessor Dr. Heilmann 167 St.;
2) als stellvertretende Directions-Mitglieder Banquier Guttenberg 167 St., Stadtrath Kammerer Pfleischel 165 St.;
3) als Ausschuss-Mitglieder Kaufmann John 168 St., Commerzienrath Ullmann 167 St., Landrath a. D. Dr. Friedenthal 164 St.;
4) als stellvertretende Ausschuss-Mitglieder Particulier F. Seidel 167 St., Kaufm. Moriz Gradewitz 166 St., Kaufm. Robert Caro 157 Stimmen; weitere 10 St. fielen auf Rm. Wilh. Silbergleit.

Mit Ausnahme des Hrn. Caro nahmen die anwesenden Wieder- und Neu-Gewählten die Wahl an. Nach Ansicht des Vorsitzenden und des Syndicus der Gesellschaft sollte Rm. Silbergleit für Kaufm. Caro als stellvertretendes Ausschuss-Mitglied eintreten.

Der letzte Punkt Nr. 5 der Tagesordnung war der Antrag des Directoriums auf Beschlußfassung über einen Entwurf um dritten Statuten-Nachtrage, derselbe lautet:

Zu dem § 18 des untern 13. März 1846 allerhöchst bestätigten Statuts, sowie zu dem § 10 des im zweiten Statuten-Nachtrage enthaltenen allerhöchsten Privilegiums vom 27. Dezember 1858 wird zusätzlich bestimmt:

An die Stelle zerfallener oder sonst unbrauchbar gewordener Actien und Obligationen der Gesellschaft können nach freiem Ermessen des Directoriums neue Actien und Obligationen nebst den zugehörigen Dividendenscheinen und Coupons unter neuer fortlaufender Nummer und mit spezieller An-führung der bisherigen, nunmehr in Wegfall kommenden Nummern ausgefertigt werden.

Die durch Verbrennung zu bewerkende Cassirung der alten Papiere und die Ausfertigung der neuen Actien und Obligationen, welche letztere bis zum 15. Dezember jeden Jahres nachgeschickt werden muß, erfolgen alljährlich einmal bis Ende Januar nächsten Jahres unter Zuziehung von Notar und Zeugen, so wie zweier Directionsmitglieder oder deren Stellvertreter und des Revidanten.

Ueber den Act hat der Notar eine notarielle Verhandlung aufzunehmen. Die Nummern der verbrannten und der neu ausgefertigten Papiere werden durch die Zeitungen bekannt gemacht.

Die aus dem vorstehenden Verfahren erwachsenden Kosten fallen den Antragstellern zur Last. Dessen Annahme erfolgte entsprechend dem Bedürfnis und mit der Ermächtigung für das Directorium, daß dieselbe berechtigt sein soll, etwaige von der Staatsregierung gewünschte Abänderungen selbstständig zu genehmigen und als Beschluß der Versammlung zu veröffentlichen.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

† Breslau, 23. Juni. [Börse.] Die Stimmung war matt und er-litten die r. Eff. einen abermaligen Coursrückgang; auch in Amerikanern war das Geschäft heute weniger belebt und wich der Cours um ca. 1 1/2 pCt. Deffter Creditation 82-81 1/2 bez. und Gld., National-Anleihe 69 Br., 1860er Loose 33 Gld., Banknoten 93 1/2-93 1/2 bez. und Br., Oesterreichische Eisenbahnaktien 171 Br., Freiburger 141 Br., Reiffe-Wrieger 88 1/2 Gld., Koiels-Deffter 58 1/2 bez. und Br., Oepeln-Lanzowitzer 78 1/2-78 1/2 bez. und Br., Warschau-Wiener Aktien 69 1/2 bez., Amerikaner 78 1/2-79 bez.

Breslau, 23. Juni. [Wäulicher Produkten-Börse-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pfd.) Anfangs matt, schließt höher, gel. - Str., pr. Juni und Juni-Juli 39 1/2-40 1/2 Zhr. bezahlt und Gld., Juli-August 39 1/2 bis 40 1/2 Zhr. bezahlt und Gld., August-September 41 1/2-41 1/2 Zhr. bezahlt und Gld., September-October 42-42 1/2 Zhr. bezahlt, October-November 42 1/2-43 Zhr. bezahlt, November-December - Weizen (pr. 1000 Pfd.) gel. - Str., pr. Juni 48 Gld. Gerste (pr. 2000 Pfd.) gel. - Str., pr. Juni 33 1/2 Zhr. Br. Hafer (pr. 2000 Pfd.) gel. - Str., pr. Juni und Juni-Juli 38 1/2 Zhr. Gld., Juli-August - August-September - Raps (pr. 2000 Pfd.) gel. - Schffel, pr. Juni 17 Zhr. Gld. Rüböl (pr. 100 Pfd.) höher, gel. - Str., loco 13 1/2 Zhr. bezahlt, pr. Juni und Juni-Juli 13 1/2 Zhr. Br., Juli-August 13 1/2 Zhr. bezahlt, August-September - September-October 14 1/2-14 1/2 Zhr. bezahlt, 14 1/2 Zhr. Br., October-November 14 1/2 Zhr. bez., 14 1/2 Zhr. Br., November-December 14 1/2 Zhr. Br., April-Mai 1866 14 1/2 Zhr. bez., 14 1/2 Zhr. Br. Spiritus unverändert, gel. - Quart, loco 13 1/2 Zhr. Gld., 14 Zhr. Br., pr. Juni und Juni-Juli 13 1/2 Zhr. Br., Juli-August 13 1/2-13 1/2 Zhr. bezahlt, August-September 14 1/2 Zhr. bezahlt und Br., September-October 14 1/2-14 1/2 Zhr. bezahlt und Br., October-November 14 1/2 Zhr. bez. Rind W. H. Markt 7 Zhr. bez. Die Börse-Commissioz.

\*\* [Industrielles.] Unser Mitbürger Hr. Apotheker S. Schube hatte aus seiner in Orlau unter der Firma „Schube & Brunquell“ begründeten Bleiweißfabrik sein Fabritat nach Stettin zur dortigen Gewerbeausstellung geschickt, von wo ihm gestern die Mittheilung zugeht, daß die betreffende Fachcommission ihm die Preismedaille zuerkannt hat.

Breslau, 23. Juni. [Ueber das Verfahren in kaufmännischen Concursen] äußert der Jahresbericht unserer Handelskammer für 1864 Seite 9, daß jeder Concurs als eine wirtschaftliche Calamität sich darstelle, welche im Interesse aller Beteiligten sobald als möglich zu beseitigen sei; ferner, daß der Hauptzweck des Concursverfahrens - thunlichste Sicherstellung und möglichst schnelle Befriedigung der Gläubiger aus der vorhandenen Masse einer- und andererseits, wenn irgend möglich, Erhaltung des Geschäftsbetriebs für den Schuldner - durch den Accord nicht nur in dem, regelmäßig einen erheblichen Theil der Masse verschlingenden gerichtlichen Accordverfahren, sondern auch außerhalb des Concurses zu erreichen und beziehungsweise zu erreichen sein werde.

Hiergegen bemerkt der Herr Referent über den Jahresbericht in Ihrer Zeitung (1. Beilage zu Nr. 281 S. 1664): „Wir können uns entschieden der Ansicht nicht anschließen, daß ein günstigeres Accordverfahren dem Gemeinschuldner die Erhaltung des Geschäfts ermöglichen solle.“

Wir fassen den fraglichen Passus in einem anderen Sinne auf und Sie gestatten uns darüber wohl einige Bemerkungen. Nach unserer Concursordnung gilt der Accord als ein Zwangsvergleich zwischen dem Schuldner und allen Gläubigern, diese mögen ihre Forderungen angemeldet haben oder nicht, an dem Beschlusse Theil genommen haben oder nicht; ferner hängt der Accord vom Verhalten des Schuldners und von der Prüfung desselben durch das Gericht ab; endlich findet ein außergerichtliches Accordverfahren nicht statt.

Ist einmal das Unglück eines Bankrotts eingetreten, so scheint es uns, als sei die Frage, ob ein Accordverfahren einzuleiten resp. ob der Vorschlag des Schuldners annehmbar, lediglich nach dem Interesse der Gläubiger zu beantworten. Denn es ist Geschäftsfache, sich, wenn irgend möglich, unter annehmbaren Bedingungen mit dem Creditur zu einigen und dabei die beiderseitigen Interessen möglichst frei zum Ausdruck gelangen zu lassen.

Von diesem Standpunkte aus stellt sich das Princip des Zwangsvergleichs ebenso vernehmlich dar, als die Auffassung des Accords als einer Wohlthat für den „würdigen“ Schuldner. Dadurch wird das freie Selbstbestimmungsrecht der Gläubigerthätigkeit auf einem lediglich dem Privatrechte angehörigen Gebiete ohne Noth resp. zum Nachtheil einzelner Gläubiger be-

schränkt, zum Theil sogar aufgehoben resp. eine unmotivirte Bevormundung eingeführt.

Der Accord als Zwangsvergleich läuft auf eine Expropriation hinaus, ohne daß die gesetzlichen Voraussetzungen dieses eminenten Rechts die unabwiesliche Nothwendigkeit auf das öffentliche Interesse, das Gemeinwohl - vorliegen, und ohne daß eine Entschädigung für das aufgegebenen (expropriirte) Recht gewährt wird. Und was die Prüfung der Ehrenhaftigkeit des Schuldners durch das Concurs-Gericht resp. die Gewährung des Accords als eine Wohlthat für den ehrenhaft befundenen Creditur anlangt, so überschreitet der Creditur seine Grenze und greift in das Gebiet des Strafrichters über, wenn er die Befestigung des Accords zur Strafe des Schuldners verweigert. Aber auch abgesehen davon, ist es in jedem derartigen Falle sehr fraglich, ob nicht die Gläubiger bestraft werden, härter bestraft werden, als der Creditur, und dazu ohne daß irgend ein vernünftiger Grund für eine Befragung der Gläubiger existirt. Wenn z. B. alle Gläubiger die Offerte des Crediturs annehmen, weil sie nach Lage der Sache das vortheilhafteste Auskunfts-mittel ist, das Gericht verweigert aber die Befestigung des Accords wegen Leichtsinns, Fahrlässigkeit oder Betrugs des Schuldners, so müssen die Gläubiger auf den langwierigen und kostspieligen Concurs sich einlassen und erhalten schließlich nichts oder weniger, als sie erhalten haben würden, wäre der Vertrag, der Accord befestigt worden. Durch diese Bestimmung tritt das Gesetz, welches durch den Accord den Concurs im Interesse der Gläubiger in keine Erhden will, mit sich selbst in Widerspruch - diesen Vortheil der reichen und nach Umständen gütigsten Creditur des Concurses entzieht ihnen das Gesetz und das Gericht, weil - der Schuldner bestraft werden muß. Allerdings wird die gerichtliche Verweigerung eines Accords zu einer Strafe für den Schuldner; dabei werden aber die pecuniären Interessen der Gläubiger vollständig ignoirirt, und das halten wir nicht für recht und billig.

Wir fassen jenen Passus des Berichtes keineswegs dahin auf, daß die Handelskammer ein günstigeres Accordverfahren zum Vortheil des Crediturs und auf Kosten der Gläubiger befürwortet, wir finden darin vielmehr die Ansicht angedeutet, es empfehle sich im Interesse aller Beteiligten, eine Bestimmung dahin zu treffen:

- 1) daß an den Accord nur diejenigen gebunden sein sollen, welche mitwirken und zustimmen, daß dagegen die dissentirende Minderheit ihre vollen Rechte behalte, jedoch mit der Beschränkung einer gesetzlich erzwingbaren Stundung für eine Reihe von Jahren;
2) daß die gerichtliche Prüfung der Würdigkeit des Crediturs beseitigt und die Entscheidung darüber im Concursverfahren lediglich den pecuniär interessirten Gläubigern überlassen werde, während strenge Geetze und strenge Handhabung derselben im Criminalverfahren gegen fahrlässigen und betrügerischen Bankerott im Interesse des Handels geboten sind;
3) daß die Einführung eines Accordverfahrens außerhalb des Concurses im Interesse des Handels liegt.

Es sind dies nicht etwa neue Ideen; sie haben sich in Bremen schon vor 20 Jahren in der Debiturordnung vom 1. Juli 1843 verkörpert und letztere wirkt doleht zur vollsten Zufriedenheit der Kaufleute. Wer sich für die angeregten Punkte interessiert, wolle die darüber im „Bremer Handelsblatte“ Nr. 643 und 644 vom 6. und 13. Februar 1864 (S. 57, 65) veröffentlichten Artikel nachlesen. Dr. K.

Breslau's resp. Schlesiens Handel und Industrie im Jahre 1864.

(Fortsetzung.) Zunächst bezüglich der Zeitungsspoli. Ein zureichender Grund für die Unterwerfung der Zeitungen unter den Postzwang dürfte unerfindlich, letzterer daher auch für die politischen Blätter aufzuheben sein. Sodann ist der Verkaufsschlag resp. die Zeitungsabonnementsgebühren sehr hoch, deshalb aber die Verbreitung des für den Geschäftsmann bestehenden Bedürfnisses, auch fremde Zeitungen zu lesen, um die des commercieellen Calculation dienenden Verhältnisse richtig zu beurtheilen und bezw. die Conjunctionen entsprechend zu benutzen, unerschwinglich theuer und daher die Ermäßigung dieser Gebühr gerechtfertigt. Eine störende, mit Zeitverlust und anderen Nachtheilen verknüpfte Unbequemlichkeit ergiebt sich aus dem Bestehen verschiedener Tarife für den internen und Postvereinsverkehr, deren Beseitigung durch Einführung von gleichen billigen Sätzen für Gesamtdeutschland dringlich wünschenswerth ist. - Daß die österreichische Postverwaltung die ver-trägmäßigen Vorschriften über Nachnahmen und baare Einzahlungen (Art. 61, 62 des Postvereinsvertrags) nicht befolgt, erschwert besonders fahrlas den Verkehr unserer Provinz mit Oesterreich, und wir müssen wünschen, daß die Erfüllung dieser Stipulationen auf Seiten der österreichischen Regierung in geeigneter Weise veranlaßt werde.

„Dem von uns gestellten Antrage, im Handelsinteresse dahin zu wirken, daß Musterfundungen und Waarenproben nach Großbritannien und Irland, sowie nach außereuropäischen Ländern für den ermäßigten Satz be-fördert werden, wie solcher z. B. im Verkehre mit Frankreich und Belgien stattfindet“, fügen wir den weiteren bei, es möge die postalische Verhältnisse mit Ausland insbesondere in der Richtung auf Schnelligkeit, Sicherheit und Wohlfeilheit des Verkehrs - das russische Porto ist sehr hoch und be-lästigt den Correspondenzverkehr unserer Provinz, namentlich nach Polen - thunlichst bald geregelt werden.“

Zur Förderung des telegraphischen Verkehrs, insbesondere zwischen vier, Berlin und Leipzig, erachtet die Bahnvermehrte Drahtleitungen für erforderlich, die i. Z. in der Zeitung ausführlich erwähnte desfallige Petition der Handelskammer fand seitens des Ministers keine Anerkennung, demungeachtet wird die Kammer bestrebt sein, diese für den hiesigen Verkehr wichtige Frage weiter zu verfolgen.

Der Eisenbahn-Verkehr veranlaßt die Handelskammer zur folgenden Auslassung. a. Die Schienenwege selbst. „Im abgelaufenen Jahre ist keines der für die wirtschaftlichen Gesamtinteressen unserer Provinz so wichtigen Eisenbahnprojecte zur Ausführung gelangt oder derselben erheblich näher gerückt. Von welcher Bedeutung insbesondere für Gewerbe und In-dustrie, Handel und Verkehr die Rechte-Oderufer-Bahn, die Verbin-dung unserer Bahnen theils mit Böhmen, theils mit Polen und Ruß-land, ist allgemein anerkannt und bedarf hier keiner näheren Erörterung - die reichen Bodenschätze, die mannichfaltigen Producte der Gewerbsamkeit Schlesiens harren nur der Herstellung von Abfahrtwegen, um in den Handel nach denjenigen Gegenden überzugehen, wo sie einen guten Markt finden werden. - Unter den Hindernissen, welche die Verbindung unserer Provinz mit den genannten Ländern bisher hauptsächlich verzögerten, stehen namentlich die Unwillfährigkeit der österreichischen Regierung und die bekannten Verhältnisse in Polen obenan. - Bei den engen Beziehungen, welche zwischen unserer Staatsregierung und derjenigen des österreichischen Kaiserreichs sich entwickelt haben, insbesondere gelegentlich der Verhandlungen über Reso-lution des Februar-Vertrags vom Jahre 1853, dürfte es wohl gelingen, den angebauten Widerstand zu überwinden, und wir müssen es dringend befür-worten, daß mit aller Energie der Anschlag unserer Bahnen an die öster-reichischen in jener Richtung bewirkt werde.“ - Nachdem sodann die Ver-hältnisse in Polen sich friedlicher gestalten und die wirtschaftliche Reformbe-wegung in Rußland an Ausdehnung immer mehr gewinnt, dürfte es an der Zeit sein, wegen Feststellung der Eisenbahnanschlusspunkte in Polen die erforderlichen Bestimmungen zu vereinbaren. - Noch immer bildet das Eisenbahn-Gesetz vom 3. November 1838 die Grundlage für das, bezüglich der Sachgüter-Production so überaus wichtige Verkehrsmittel, obwohl die Erfahrungen, welche seitdem gemacht wurden, und die wirtschaftlichen Bedürfnisse unserer Zeit schon lange eine Revision dieses Gesetzes dringend notwendig er-scheinen lassen. Die Beseitigung der Hindernisse, welche das Gesetz der Anlage neuer Eisenbahnen entgegenstellt, die Umwandlung der staatspolizei-lichen Bevormundung des Eisenbahnbetriebes in die nur aus Rücksichten des öffentlichen Gemeinwohls beibehaltene Controle erachten wir für eine dringende Aufgabe der Gesetzgebung. - Die Eisenbahnverbindung zwischen Leipzig und unserem Plage leidet an einigen Mängeln, deren baldige Ab-stellung sehr wünschenswerth erscheint. Insbesondere dürften die betreffen-den beiden Bahnhöfe in Dresden, sowie die Dresden-Görlitzer und Görlitz-Kobfuxter Bahn durch Schienenwege zu verbinden und demnach durch-gebende Personenzüge von Leipzig aus nach Breslau und vice versa ein-zustellen sein.

b. Eisenbahneinrichtungen. „Die Verwaltungsverordnungen, Dienst- und Betriebsanordnungen unserer Eisenbahnen bezw. deren Handhabung durch die Verwaltungsbehörden gaben zu mancherlei Klagen und Beschwerden Ver-anlassung, und wir waren wiederholt in der Lage, unsere Ansicht über die Aufgabe und Stellung des Eisenbahnwesens im Staatsorganismus über-haupt und auf dem von ihm berührten Gebiete der staats- und volkswirth-

\*) Inzwischen ist im Verkehre mit Großbritannien und Irland eine Er-leichterung dahin erfolgt, daß seit dem 1. Januar 1865 Waarenproben und Muster bis zu 15 Loth gegen ein Franco-Porto von 8 Pf. pro Loth befördert werden.

\*\*) Leider ist hierüber nichts bekannt geworden. Num. d. Ref.

Schäftlichen Interessen insbesondere auszusprechen. — An dem nächsten und Hauptpunkt der Eisenbahnen, als eines dem Verlehrs dienenden Instituts, als eines besonders tauglichen Mittels zur Förderung der Production und Consumtion, als Hilfsanstalten der Gewerbe und Industrie, des Handels und Verkehrs, ändert der Umstand offenbar nichts, daß der Staat das principielle Privatthätigkeit anheimelnde Frachtgeschäft durch von ihm eingeleitete Behörden betreibt. Im Gegentheil erscheint es als eine besondere Aufgabe des Staats, wenn er einmal auf dem Gebiete des Frachtverkehrs mit der Privatindustrie concurrirt, das Transportgewerbe durch seine Beamten wie ein guter Geschäftsmann zu betreiben und gewissermaßen zu einer Musteranstalt zu entwickeln — das Eisenbahn-Frachtgeschäft ist nach dem Handelsgelehrten ein Handelsgeschäft und kaufmännisch d. h. coulant zu betreiben. Darunter verstehen wir nicht etwa, daß die Eisenbahnen als kaufmännische Speculationen-Unternehmungen behandelt werden sollen — sie sollen in erster Linie gemeinnützige Verkehrsanstalten sein und als solche der allgemeinen Wohlfahrt dienen. Wir meinen vielmehr, daß die Leitung und Verwaltung in dem Sinne kaufmännisch geführt werde, daß durch erleichterte Benutzung der Eisenbahnen die vorhandenen Bedürfnisse und berechtigten Interessen der Verlehrs befriedigt und zugleich diejenigen der Eisenbahnfahre gewahrt werden.

Während die Privatbahnen und die Verwaltung der Oberschlesischen und Wilhelmsbahn im wohlverstandenen eignen Interesse, sowie in dem des Handelsstandes ihre Bekanntmachungen durch die gelesesten hiesigen Zeitungen veröffentlichten, pflegt die Königl. Direction der Niederschl. Märkischen Eisenbahn ihre Bekanntmachungen, insbesondere die im Frachtverkehr eintretenden Aenderungen, z. B. die für den Transport von Getreide und Spiritus nach dem Westen vereinbarten directen Tariffsätze, theils gar nicht, theils in solchen Zeitungen zu publiciren, welche unter dem handeltreibenden Publikum keine nennenswerthe Verbreitung haben. Dadurch erleidet insbesondere das bei dem Getreidegeschäft betheiligte Publikum mancherlei Nachtheile, welche nur die Eisenbahn-Verwaltung durch entsprechende Publicationen abzuwenden vermag. Diese Bekanntmachungen erfolgen übrigens auch im eigenen Interesse der Eisenbahnfahre, insofern die fraglichen Maßregeln, wenn sie bekannt werden, eine Minderung des Verkehrs und folglich der Transportgebühren bewirken. Da nun aber solche Publicationen, wenn sie den beabsichtigten Zweck überhaupt haben sollen, selbstverständlich vorzugsweise oder doch wenigstens regelmäßig auch in solchen Blättern erfolgen müssen, welche das betheiligte Publikum auch wirklich liest, so glauben wir hoffen zu dürfen, der Herr Handelsminister werde durch Erlass einer entsprechenden Verfügung die angeordneten Uebelstände abstellen. — Von dem Königl. Direction einzelner benachbarter Bahnen werden uns häufig Submissionsbedingungen zugehelt, um solche durch Börsenausschlag zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Diese Art der Publication erschöpft nicht den beabsichtigten Zweck, weil die wenigsten derjenigen Geschäftsleute, welche sich bei solchen Lieferungen betheiligen, die Brie befehen, und es liegt auch hier im Interesse der Eisenbahnen und des Handelsstandes, daß die betreffenden Bekanntmachungen durch die gelesesten hiesigen Zeitungen publicirt werden — der Kostenaufwand dafür kann doch nicht in Betracht kommen.

„Obwohl die Niederschlesisch-Märkische, sowie die Oberschlesische Eisenbahn fortgesetzt und noch in neuerer Zeit ihren Fahrpart sehr erheblich vermehrt haben, so wird doch zeitweise von den Besitzern von Kohlengruben, Kalkstein und Zinblendern Klage über Wagenmangel geführt. Auch auf zugestanden werden, daß wohl keine Verlehrsanstalt im Stande sein dürfte, jederzeit allen Anforderungen zu genügen, so finden wir doch das Verlangen der genannten Industrien nach fortgesetzter Vermehrung der Eisenbahn-Verkehrsmittel gerechtfertigt.

**Eisenbahnfrachten.** „Indem wir das Eisenbahn-Frachtgeschäft für ein Handelsgeschäft ansehen, sehen wir als selbstverständlich voraus, daß dasselbe einen Geschäftsgewinn abwerfe; wir verlangen keineswegs, daß die Eisenbahnen jenes Geschäft ohne Gewinn oder mit Schäden betreiben sollten. Aber die Eisenbahnen sind doch nach ihrem Hauptzweck gemeinnützige Anstalten zur Vermittelung des Verkehrs, und auch mit Rücksicht hierauf ist der Frachttarif zu construiren. — Erzielen die Eisenbahn-Verwaltungen bei Bestreitung des Frachtgeschäfts erhebliche Ueberschüsse, so würden dieselben resp. der Frachttarif wie Steuern auf Gewerksamkeit und Handel, zumal wenn jene Ueberschüsse von Staatsbahnen nicht für die Zwecke des Verkehrswezens, sondern zur Bestreitung von Ausgaben für allgemeine Staatszwecke verwendet werden, für welche die Steuern bestimmt sind. Betrachtet man die Ueberschüsse der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn — sie betragen 2,380,800 Thlr. 1864 und sind auf 2,848,300 Thlr. pro 1865 veranschlagt — so drängt wohl die Frage auf, ob nicht dieses so sehr günstige finanzielle Ergebnis auf Kosten des Handels und der Industrie erreicht wird. In der That sind diese Summen eine Besteuerung der wirtschaftlichen Volksthätigkeit, eine Folge der hohen Tarife, und um das Gesammtwohl Schlesiens, insbesondere um seine gewerbliche und Handelsfähigkeit würde es wohl besser stehen, wenn letztere durch einen ermäßigten Tarif gehoben und gefördert worden wäre. — Erkennen wir auch die in den letzten Jahren eingetretenen Verlehrserschwererungen dankbar an, so halten wir doch das Verlangen nach Revision der Tarife unserer Bahnen bezw. nach Ermäßigung der Frachtgebühren nicht für ungerathen, zumal der Vergleich der Verlehrserschwererungen erfahrungsmäßig den vorhandenen Verlehrs steigern und zugleich neuen schaffen; und wir können bei unserer schon oft gedauerten Ansicht nur stehen bleiben, daß die entsprechende Herabsetzung des Eisenbahn-Gütertarifs eine nicht unwesentliche Beförderung für den Aufschwung des Handels und des Verkehrs unserer Provinz bildet. Schlesiens Producte können einen erweiterten Absatz finden, sobald die Transportkosten die Concurrenz auf auswärtigen Märkten ermöglichen; Schlesiens Producte müssen aber einen solchen erweiterten Absatz finden, wenn nicht unsere Gewerksamkeit und Handel überflügelt werden sollen. Eine besonders dringende Anforderung zur baldigen Tarifreform liegt mehr als je in dem Umstande, daß der Handelsvertrag mit Frankreich bald in's Leben tritt und darin, daß wir bei der schlechten Beschaffenheit unserer Wasserstraßen vorzugsweise auf die Eisenbahnen angewiesen sind. — Wir unterlassen es, diejenigen Grundzüge eingehend zu erörtern, welche bei Construction des Frachttarifs für unsere Provinz zu befolgen sein werden, und beschränken uns auf die allgemeine Bemerkung, daß dabei Rücksicht auf die wirtschaftlichen Gesamtinteressen Schlesiens vorwiegen und der fiscalische Gesichtspunkt mehr zurücktreten, daß ferner die Art unserer Industrieproducte und die Natur unserer Handelsgegenstände die entsprechende Berücksichtigung finden, daß endlich der geographischen Lage unserer Provinz, für welche ein erweitertes Absatzgebiet nach Osten und Südosten eine Lebensfrage ist, gebührende Rechnung getragen werden muß. Indem wir wiederholt im Allgemeinen auf die bei einzelnen Artikeln ausgedrückten Wünsche verweisen (vgl. z. B. die Specialberichte über Blei, Metallfabrikate, Zinkwaaren, Glaswaaren, Rugholz), berühren wir hier noch zwei specielle desiderien, welche uns im Laufe des Jahres beschäftigt haben und die wir noch separat weiter behandeln werden.

Es ist dies einmal das Geseh mehrerer großen Fabrikanten und Handlungshäuser unseres Plazes um Ermäßigung der Frachtgebühr für Del, insbesondere um die Beförderung desselben in die ermäßigte Klasse B, des Tarifs auf der Route von hier nach dem Süden und Südwesten Deutschlands. Die Fabrication und der Handel mit Del haben sich zu einem ansehnlichen Geschäftszweige entwickelt, der jedoch unter dem bisherigen Tarif leidet, indem die Concurrenz mit auswärtigen Marktplätzen durch die hohe Frachtgebühr erschwert wird. — Während nämlich Delsaaten seit zwei Jahren eine bedeutende Ermäßigung der Fracht genießen, ist letztere für Rüböl auf der früheren Höhe stehen geblieben, so daß Del in Form von Saaten nach dem Rhein um etwa 1/4 Thlr. pro Centner billiger, als das Fabrikat selbst von hier aus versendet wird. Die Folge davon ist, daß die rheinischen Fabrikanten beim Einkauf des Rohproductes am hiesigen Plaze mit Erfolg concurriren, daß dagegen das schlesische Fabrikat auf den rheinischen Märkten beim Verkauf mit dem rheinischen Fabrikat nicht concurriren kann. — Mit der Ermäßigung der Fracht für das Fabrikat werden bedeutendere Del-Quantitäten als bisher von hier aus zur Verfrachtung gelangen, während die Beibehaltung jener Tariffätze die Einschränkung dieses Geschäfts zur Folge haben muß. Insofern es sich darum handelt, den Eisenbahnen die bisherigen Fracht-Objecte zu erhalten und neue zuzuführen, der schlesischen Del-Industrie aber die Concurrenz zu ermöglichen und dieselbe dadurch in den Stand zu setzen, daß sie die Delproduction erweitert, sind die beiderseitigen Interessen gemeinschaftliche. Dazu tritt noch der Umstand, daß das Schicksal der Delsfabrication eine wesentliche Rückwirkung auf die Landwirthschaft ausübt — hebt sich erstere, so hebt sich zugleich der Anbau der Delsaaten, während letztere verfallt, wenn das Delsgeschäft zurückgeht. Landwirthschaftliche, industrielle, commercielle und Verkehrs-Interessen vereinigen sich folgergehalt, um jenes Geseh als begründet erscheinen zu lassen.

„Das andere desiderium betrifft die Einführung des Fennigtarifs für Kalk und Kohlen auch im Binnenverlehrs Schlesiens. Für diese Förderung machen die Petenten geltend, daß eine solche Maßregel den Verbrauch erheblich steigern, den Binnenhandel beleben und neue Absatzgebiete eröffnen, daß sie auch neue Etablissements in's Leben rufen werde, welche den Eisenbahnen neue Transportobjecte liefern, während die Eisenbahnverwaltungen, mit Rücksicht auf die bei den massenhaften Kohlentransporten gemachten Erfahrungen, gegründete Ursache zu haben glauben, mit ferneren Tarifherabsetzungen vorsichtig zu sein. Wir behalten uns unser Urtheil zur

Zeit noch vor, da wir noch damit beschäftigt sind, die einschlagenden Verhältnisse einer genaueren Prüfung zu unterziehen.“

Die Handelskammer kommt nun zu den alljährlichen Klagen über den Zustand unserer Wasserstraßen. — „Der schon oft angewendete Vergleich Schlesiens mit Belgien hat seine innere Berechtigung, insofern unsere Provinz mit ober- und unterirdischen Bodenschätzen reich ausgestattet ist, und die Gewerksamkeit und Industrie derselben trotz ungünstiger Verhältnisse namentlich während der letzten Jahrzehnte einen stetig fortschreitenden Aufschwung nahmen. Jener Vergleich würde der Wahrheit noch näher kommen, wenn Schlesiens so günstig gelegen wäre, wie Belgien, am Meere, oder wenn wenigstens eine seiner wichtigsten Verkehrsstraßen, die Oder, eine ihrer Bedeutung entsprechende Behandlung erfähre. — Seit 1819 wurde die Regulirung nach rationalen Grundfäden in Angriff genommen und dafür eine Summe von über mindestens 3 Millionen Thaler aufgewendet. Nach einer Eröffnung des Herrn Handelsministers waren nun auch am Schlusse des Jahres 1863 vollständig regulirt 33,171 Meilen Stromlänge, theilweise regulirt 20,682 Meilen und 16,265 Meilen noch zu reguliren. Es ist aber eine notorische Thatsache, daß die Fahrstraße auf der Oder gleichwohl fortwährend in einem desolaten Zustande sich befindet, indem die Schiffahrtshindernisse an Umfang und Zahl zunehmen, so daß die Schiffahrt nur ausnahmsweise bei besonders hohem Wasserstande möglich ist. Die dringende Nothwendigkeit die Regulirung nach einem zusammenhängenden einheitlichen Plane und zugleich vollständig und baldigt auszuführen, wurde schon so oft bekräftigt, daß wir uns darauf nur beziehen können. Wird das bisherige System beibehalten, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel“ \*) in den Stromregulirungsarbeiten fortzuführen, so dürfen wir eine wirkliche Besserung um so weniger erwarten, als bekanntlich für die Oder weit weniger Mittel verfügbar zu sein pflegen, als für den Rhein.“\*\*)

Die Handelskammer empfiehlt in sehr eingehender Weise die Errichtung einer Centralstelle für den Oder-Regulirungsbaun und knüpft hieran die Bemerkung: „Wir müssen es dahingestellt sein lassen, ob der angedeutete Weg zum Ziele führt. Es liegt uns aber die Pflicht ob, wiederholt daran zu erinnern, daß die gesammten wirtschaftlichen Interessen Schlesiens — dahin gehören auch die Gewerbsverhältnisse des zahlreichen Standes der Schiffer, deren Lage von Jahr zu Jahr schlechter wird — unter dem traurigen Zustande der Oder schon bisher außerordentlich gelitten haben, theils durch positive Verluste, theils dadurch, daß der Aufschwung der Industrie wegen Mangels des von der Natur gegebenen billigen Transportweges wesentlich gehemmt wurde, und daß sich diese Nachtheile noch in verardertem Maße werden fühlbar machen, wenn die Schiffahrt auf der Oder auch nach dem Inkrafttreten des deutsch-französischen Handelsvertrages fernerhin verfallen bleibt. Will Schlesiens in vielen seiner Industriezweige die Concurrenz mit dem Auslande siegreich bestehen, so muß es schon wegen seiner geographischen Lage die größten Anstrengungen machen. Weit entfernt, direkte Unterstützung aus Staatsmitteln zu wünschen, begehren wir nur, daß der Staat die ihm obliegende Pflicht erfülle und durch rechtzeitige wie vollständige Herstellung einer fahrbaren Wasserstraße auf der Oder die unsere Concurrenz erschwerenden Hindernisse entferne. Dahin gehört auch die am 29. Juli 1864 von uns beantragte Beseitigung des der Schiffahrt so sehr hinderlichen Wehres bei Orlau.“

„Die am 1. Juli 1863 in Kraft getretene Uebereinkunft vom 4. April 1863, welche die Elbzölle freilich noch immer nicht ganz aufhebt, aber doch ermäßigt, wäre wohl geeignet, den Elbverkehr zu beleben, wenn zugleich die Vertragsbestimmungen über die Erhaltung und Verbesserung des Fahrweges auf der gesammten Elbe erfüllt würden. Wir sind dabei um so mehr interessiert, als noch immer die Durchgangsabgabe, welche als Eisenbahn-Frachtzuschlag zu Gunsten von Mecklenburg, Lauenburg und des Amtes Bergedorf auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn besteht, den Landtransport belastet. — Die auf Herstellung einer Verbindung der Elbe mit dem Rhein mittelst eines Kanals gerichteten Bestrebungen verfolgen wir mit lebhaftem Interesse, zumal eine solche Wasserstraße auch auf unseren Verlehrs nur von günstigem Einfluß sein wird.“

Ueber öffentliche Lasten und Abgaben spricht sich der Bericht, wie folgt, aus: „Nach dem Entwurf zum Staatshaushalts-Etat pro 1865 steigert sich die Einnahme gegen das Vorjahr um 9,380,293 Thlr., nämlich auf 150,714,031 Thlr., gegen 141,333,738 Thlr. im Jahre 1864, und auf dieselbe Summe sind die Ausgaben veranschlagt, so daß sich innerhalb 16 Jahren (seit 1849, wo die Einnahmen 91,338,448 Thlr. betragen) eine Steigerung von über 59 Mill. Thlr. ergibt, während die Bevölkerung in derselben Periode noch nicht um 17 pCt. gestiegen ist. Jene Erhöhung der Brutto-Einnahmen deutet auf eine günstige Steuerkraft des Landes, insbesondere auf ein Wachsthum des Vermögens der Steuerpflichtigen hin. Bei dem Ausgabens-Etat drängt sich uns aber die Betrachtung auf, daß eine ausreichende Bestimmung von öffentlichen Geldern für diejenigen wirtschaftlichen Zwecke, welche Gewerbe und Industrie, Handel und Verkehr dringend verlangen, nicht gewährt ist. In welcher Richtung eine solche productive Verwendung der Staatsmittel für unsere Provinz nöthig ist, haben wir schon wiederholt und auch in diesem Berichte an verschiedenen Stellen angedeutet.“

Dies hierdurch angeregte Thema, insbesondere die Besprechung der Frage, in welchem Verhältnisse die Reducions-Ausgaben zu den minder volkswirtschaftlichen stehen, empfehlen wir die specielle Besprechung.

Unter den einzelnen Staatseinrichtungen bespricht der Bericht den Zeitungstempel. „Durch den Zeitungstempel wird das davon betroffene Gewerbe in einem Grade belastet, welcher die Ausbreitung desselben in erheblichem Maße zu verhindern oder doch zu erschweren vermag. Wenn auch die Zahl der Zeitungsleser stetig wächst — es ist das eine Folge theils der Vermehrung der Population, theils der Einsicht, daß die Benutzung der Zeitungspreste den Geschäftserwerb erleichtert und fördert, dem Geschäftsmanne unentbehrlich ist —, so würde doch der Absatz des Zeitungsgeschäfts ohne jene Steuer insbesondere nach dem Auslande hin, welcher ohnehin durch den Postzuschlag sehr erschwert wird, ein größerer sein. Namentlich von dem Gesichtspunkte aus, daß eine jede Besteuerung des Verkehrs volkswirtschaftlich nicht zu billigen ist und daß die Besteuerung von Preberzeugnissen des deutschen Auslands den Charakter bezw. die Wirkung einer Uebergangsteuer hat, welche den Bestimmungen der Zollvereinsverträge widerspricht, sowie mit Rücksicht auf die ohnehin zureichenden Staatsmittel halten wir die Abschaffung des Zeitungstempels für geboten.“

Die Erhebung des Wechselstempels giebt zu folgenden Anträge Veranlassung: „Die Verwendung von Stempelmärken auch bei inländischen Wechseln dient wesentlich zur Erleichterung des Verkehrs, wenn der Wechsellastler, gleich dem Inhaber eines ausländischen Wechsels die Stempelmärkte selbst aufkleben darf. In diesem Sinne sind Desiderien des gesammten Handelsstandes seit dem Erscheinen des Gesehs vom 2. September 1862 und dem Finanzministerial-Rescript vom 30. September 1862, betreffend die Anwendung von Stempelmärken laut geworden, und durch die Verordnung des Herrn Finanzministers vom 14. Febr. d. J. werden diese Wünsche resp. das ihnen zu Grunde liegende Verkehrsbedürfnis nicht vollständig befriedigt. Während nämlich früher der Wechsel von der Steuerbehörde abgestempelt werden mußte, ist zwar jetzt der Gebrauch einer Stempelmärkte gestattet, aber der Wechsellastler muß die Marke von der Steuerbehörde oder dem Stempelvertheiler aufkleben und resp. entwerthen lassen. Eine entsprechende Aenderung dieser Vorschrift (§ 5), insbesondere die Gleichstellung der inländischen Wechsel mit den ausländischen in der fraglichen Hinsicht würde für den Handelsstand eine willkommene Erleichterung sein.“

Die Prolongation des Zollvereins hat den von der Handelskammer überholt, dieselben lauten:

„Für dringend notwendig halten wir eine Revision des vereinsländischen Tarifs, welcher zum großen Theil auf dem Schutzsystem beruht und dadurch die wirtschaftlichen Kräfte seßelt. Die Reform drängt zur Aushebung der finanziell unerheblichen Finanzzölle und zur Herabsetzung der Schutzzölle, daß sie nur als Finanzzölle erscheinen und wirken. Zur Zeit sind z. B. notwendige Nahrungsmittel, wie Getreide und Hülsenfrüchte, Kraftmehl und Mählensfabrikate, oder anderweit wichtige Handelsartikel (Delsaaten, Brenns, Bau- und Rugholz) noch einem Zoll unterworfen, dessen Erfträgnisse in keinem Verhältnisse stehen zur zollmässigen Belästigung. Die bestehenden Vorschriften über die Zolldeclaration bezw. deren Handhabung verursachen mancherlei Schwierigkeiten und Nachtheile, deren Abstellung im Interesse des Geschäfts dringend wünschenswerth ist. In dieser Beziehung wurde bezüglich der vom Auslande mit der Post eingehenden Baarenproben und Muster im Bewichte von 3-15 Loth eine dankenswerthe Erleichterung in Betreff der zollmässigen Behandlung im Laufe des Jahres eingeführt.“ (Forst. folgt.)

\*) Im Voranschlag zum Staatshaushalts-Etat pro 1865 ist der Betrag von 500,000 Thalern zur Bestreitung der Kosten der Regulirung von Strom- und Flüssen angesetzt; wie viel davon für die Oder bestimmt sind, erhellt nicht.  
\*\*) Es betragen nach einer Notiz der „Breslauer Zeitung“, Nr. 107 vom 4. März d. J., die Staatsausgaben zur Unterhaltung der Wasserstraßen, Schleusen, Häfen, z. B. im Jahre 1864 in Schlesiens 46,780 Thaler, in Rheinland 320,060 Thaler.

**Slogan, 22. Juni.** [Der schlesische Bankverein in Breslau.] Der seit seinem Bestehen unausgesetzt bemüht ist, in sich einen Mittelpunkt für den Geldverkehr der Provinz Schlesiens herzustellen und die geschäftlichen Beziehungen derselben zu beleben, hat bisher die Absicht nur für den oberschllesischen Theil der Provinz zu erreichen vermocht, während Niederschlesien nicht sehr an der Geschäftigkeit des Instituts participirte. Seit längerer Zeit war das Augenmerk des schlesischen Bankvereins auf die Befestigung dieses Uebelstandes gerichtet und ist es endlich gelungen, ein Arrangement zu Stande zu bringen, welches die Abstellung desselben mit Sicherheit vors aussehn läßt. Es ist nämlich die Errichtung einer Commandite des Vereins in Ologau beschlossen und zu diesem Behufe mit dem Herrn Geheimeu Commerzienrath Lehfeldt ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem das von diesem bisher betriebene Banquiergeschäft mit der Kundschaft, dem Personal, die Geschäftsfaktualitäten u. s. w. in die Hände des schlesischen Bankvereins übergeben wird, der auf diese Weise das Risiko, welches mit der Herstellung eines neuen Geschäfts verknüpft ist und die mühsame Organisation eines solchen umgeben und in ein bereits bestehendes mit frischen Kräften förderlich eingehen wird. (N. A.)

**4. Brlich, 22. Juni.** [Nachträge zur Thierschau.] Wie sich bei Zählung der am Thierschaufeste auf dem Festplaze eingekommenen Zweigroschenstücke ergeben hat, haben etwas über 16,000 zahlende Personen den Festplatz betreten. Da das Eindringen ohne Bezahlung, bei den völlig unzureichenden Anstalten zur Controlirung, sehr leicht und für Viele wohl auch sehr verlockend war, da überdies nach Beendigung des Festzugs die Schranken ganz fielen, so wird man nicht zu hoch greifen, wenn man die Zahl der an jenem Tage Versammelten auf 35,000 veranschlagt. Die Tribüne, deren Aufbau das Comité einem hiesigen Zimmermeister auf sein Risiko überlassen hatte, hat einen Ertrag von ungefähr 220 Thlr. gebracht und ist von 1100 Personen besucht gewesen. Gegenwärtig ist das Directorium noch unausgeseht mit Umwidlung der Geschäfte beschäftigt und wird darin sehr durch anhaltende Reclamationen und Anfragen von Loosinhabern gehindert, so daß es sich kaum zu retten weiß. Da die Zahl der Verlierenden an 24,000, die der Gewinnenden nur an 1200 beträgt, ist das erklärlich. — Da ich sehe, welchen hohen Werth die prämiirten Aussteller auf ihre Erwähnung in der „Breslauer Zeitung“ legen, und um weiteren Reclamationen vorzubeugen, will ich aus den nummehr erschienenen, augenscheinlich den Alten entnommenen Mittheilungen der hiesigen Blätter über die Prämienvertheilung noch einige besonders erwähnenswerthe Notizen nachtragen. Den 2. Preis für Sprunghengste hat der Bauer Jämrich in Wienowitz auf seinen Falbenhengst erhalten. Für das beste Paar Wagenpferde in der Hand des Pächters hatte die Stadt Brlich einen Preis von 50 Thlr. ausgehelt, derselbe hatte aber dasselbe Schicksal, wie der für eine neue sinnreiche Erfindung von der Stadt ausgehelt — denn es waren gar keine solchen Wagenpferde vorhanden. — Bei der Prämirung des Mastviehs ist nicht das absolute Gewicht, sondern der am meisten vorgeschrittene Grad der Ausmählung maßgebend gewesen, woher es kam, daß der riesenhafte Ochse aus Holstein, der in dem Festzuge Aufsehen erregte, trotz seines Gewichts von nahe an 2500 Pfund erst die dritte Prämie erhalten hat. — Für Schafe wurden noch außer den im vorigen Bericht Erwähnten prämiirt: Pächter Brühl in Gumnersdorf für Infanataböcke, Gutsbesitzer Mehig in Groß-Krauscha für Westfälische, Director Roth in Jwidau und Gutsbesitzer Schurich in Pfaffen-dorf für dieselben, und Prämirung eines Stammes obdenburger Kreuzung stieß sich nur am Mangel des Programms, das nur Kreuzungen mit englischen und berebelten deutschen Merinos vorgesehen hatte. — Noch sei erwähnt, daß von Blumen nur eine Collection von Belargonien von Lude in Zittau, eine Collection Glorinien von dem Kunstgärtner des Herrn B. Wolff auf Liebfeld, eine Gruppe diverser Pflanzen vom Parkgärtner Gräfe und eine Palme (Cycas revoluta) von Dammann hier prämiirt sind; von Gartenmöbeln u. A. die von Herz u. Ehrlich aus Breslau ausgestellt. — Was die Prämirung der Maschinen anbelangt, so mußte von der Verleihung des adelichen Stadtpreises Abstand genommen werden, um ihn aber doch nicht ganz fallen zu lassen, einigte sich die Commission dahin, dem hiesigen Fabrikanten Kabisch, der recht billige und werthvollmächtig sehr brauchbare Maschinen und Werkzeuge ausgehelt hatte, 40 Thlr. zu seiner bronzenen Medaille zu verleihen. Als die beste unter den vorhandenen Drechslemaschinen wurde die von J. D. Garrett in Budan anerkannt, welche die von Hornsby u. Sons weit hinter sich zurückließ. Die von Mischler u. Perels ausgehelt verlagte ihre Leistungen in dem entscheidenden Augenblicke.

Das 24te Stück der Geseh-Sammlung enthält unter Nr. 6102 das Geseh, betreffend den Bau von Eisenbahnen: 1) von Danzig nach Neufahrwasser; 2) von Heppens nach Oldenburg, und die Beschaffung der zur Beförderung der Kosten des Grunderwerbs für die Berlin-Kölnener Eisenbahn erforderlichen Gelder. Vom 26. Mai 1865; unter Nr. 6103 das Geseh, die Abänderung des Vereins-Zoll-Tarifs betreffend. Vom 17. Juni 1865.

**Telegraphische Depeschen.**

**Berlin, 23. Juni.** Das Obertribunal, Präsident Schlickmann, verwarf, bei Ausschluß der Oeffentlichkeit, die Nichtigkeitsbeschwerden Johann Jacoby's und Wackernagel's gegen die Verurtheilung zu sechsmonatlicher Gefängnißhaft wegen Majestätsbeleidigung. (Wolff's T. B.)

**Wien, 23. Juni.** Nicht Schmerling, nur Plener hat die Entlassung eingereicht. Ein petersburger Telegramm des „Neuen Fremden-Blattes“ meldet, daß der Herzog von Leuchtenberg, wegen Mesalliance zurückgebracht, in strengem Arrest sich befindet. (Tel. Dep. v. Bresl. Tg.)

**Kiel, 23. Juni.** Der „Kieler Zeitung“ wird gemeldet, daß die Nachricht von der Verlegung des General-Commando's nach Flensburg unbegründet ist. (Wolff's T. B.)

**Paris, 23. Juni.** Der „Moniteur“ meldet: Der Kaiser fuhr gestern Abend in einem selbstgeführten Phaeton durch die Rivoli-Strasse, die Bastille-Strasse und die Boulevarden. Auf den Boulevarden Martin und Denis wurde der Kaiser von der Volksmenge so dicht umdrängt, daß er genöthigt war, im Schritt zu fahren. Der Kaiser fand überall große Begeisterung. (Wolff's T. B.)

**Florenz, 22. Juni.** Nachrichten aus Rom zufolge sind die Verhandlungen zwischen Rom und Mexico unterbrochen worden. Mexica wird Mexico und die mexicanische Gesandtschaft wird Rom verlassen. (Wolff's T. B.)

**Brüssel, 23. Juni.** Der durch Orts im Repräsentanten-hause erstattete Commissionsbericht beantragt, die Genehmigung der gerichtlichen Verfolgung gegen den Kriegsminister und gegen Delaet zu ertheilen. Die Plenar-Discussion findet morgen statt. (Wolff's T. B.)

**Bern, 22. Juni.** Die Unterhandlungen über einen Handelsvertrag und andere Verträge zwischen der Schweiz und Italien sind zum Abschluße gekommen. (Wolff's T. B.)

**Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.**

Berliner Börse vom 23. Juni, Nachm. 2 Uhr. (Anzel. 5 Uhr 25 M.) Böhmische Westbahn 75%. Breslau-Freiburg 140%. Briege-Neisse 88%. Kofel-Oberberg 58. Galizier 95%. Mainz-Ludwigshafen 128%. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 72%. Oberschlesische Litt. A. 171. Dester. Staats-Bahn 108%. Oppeln-Larnowitz 78%. Lombarden 132. Warschau-Wien 69%. Spoz. Preuss. Anl. 105%. Staats-Schuldcheine 91%. National-Anleihe 68%. 1860er Loose 83%. 1864er Loose 50. Silber-Anleihe 73%. Italienische Anleihe 64%. Dester. Banknoten 93%. Russ. Banknoten 81. Amerikaner 78%. Russische Prämien-Anleihe 87. Darmst. Credit 91%. Disconto-Commandit 100%. Dester. Credit-Actien 81%. Schles. Bank-Verein 110%. Hamburg 2 Monate, London —, Wien 2 Monate 91%. Warschau 8 Tage —, Paris —, Fonds fest, Desterreicher matt.  
**Wien, 23. Juni.** [Anfangs-Course.] Flau. National-Anleihe 74, 60. Credit-Actien 176. —, London 109, 60. 1860er Loose 89, 50. 1864er Loose 81, 40. Silber-Anleihe 80, 20. Galizier 198, —.  
**Berlin, 23. Juni.** Roggen: animirt. Juni-Juli 45%, Juli-August 45%, Sept.-Okt. 47%, Okt.-Nov. 47%. — Rüböl: fest. Juni-Juli 13%, Sept.-Okt. 14. — Spiritus: besser. Juni-Juli 14%, Juli-August 14%, Sept.-Okt. 15%, Okt.-Nov. 15%.

Insertate.

Wahl-Verein.

Sonnabend, den 24. Juni, Abends 8 Uhr, im oberen Saale des Café restaurant:

Versammlung der Mitglieder.

- 1) Mittheilungen. [6863]
2) Zustimmungsbreife an den Präsidenten des Hauses der Abgeordneten.

Die Herren Wahlmänner werden zu dieser Versammlung hiermit eingeladen. Der Vorstand.

Schluss der Kunst-Ausstellung.

Derselbe findet Sonntag, den 25. d. M., Abends 5 Uhr statt. Von Dinstag Vormittag 9 Uhr ab können die uns anvertrauten Kunst-Gegenstände unter Rückgabe des Empfangsscheines wieder abgeholt werden.

Meine liebe Frau Bertha, geb. Eckersdorf, ist von einem Knaben heute glücklich entbunden worden. Breslau, 23. Juni 1865. [7392] S. Wagnersdorf.

Die heute Nacht 11 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Natalie, geb. Steinig, von einem muntern Knaben, beehre ich mich Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung hiermit ergebenst anzuzeigen. Cosel, den 21. Juni 1865. [7391] Dr. Heinrich Brieger.

Die heute Abend erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Leontine, geb. Gautier, von einem gesunden, kräftigen Knaben, zeige ich Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung ergebenst an. Schöpschen, den 20. Juni 1865. [6937] Gustav Lange.

(Statt besonderer Meldung.) Heute Vormittag entließ nach langen Leiden sanft, wie sie gelebt, meine geliebte Frau Pauline, geb. Horn. Um stille Theilnahme bitten zeigt dies ergebenst an. [6942] A. Käge, Lithograph und Druckerbesitzer, Schweidnitz, den 23. Juni 1865.

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau Clara, geb. Strohmeyer, von einem Mädchen zeige ich Verwandten und Freunden ergebenst an. Ratibor, den 21. Juni 1865. Karvat.

Heute Nachmittag 6 Uhr wurde meine liebe Frau von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden. Strehlen, den 22. Juni 1865. [6914] Otto Deter.

Familiennachrichten. Verlobung: Fräulein Anna Witt mit Herrn William Cool, Tempelhof und Gr.-Strehlitz. Ehel. Verbindung: Hr. Dr. Wilhelm Sachse mit Fräulein Marie Wendel aus Berlin. Geburten: Ein Sohn Hr. Oberamtm. C. Sid in Steinwehr, Hr. W. Meling in Berlin, Hr. Leop. Lorenz das., eine Tochter Hr. Hut-Fabrikant S. Adler in Berlin, Hr. Hermann Casper das., Hr. Oberamtmann D. Weisner in Barnim.

Theater-Repertoire. Sonnabend, den 24. Juni. Zweites Gastspiel des königl. württembergischen Hofopern- und Kammerängers Hr. Heinrich Sonthheim. Lucia von Lammermoor. Große tragische Oper in 3 Akten von Salvatore Cammerano, übersezt von Kästner. Musik von Donizetti. (Sir Edgard v. Rabenswood, Hr. Sonthheim.) Sonntag, den 25. Juni. Letztes Gastspiel der königl. sächsischen Hofoper in Frau. Pauline Ulrich. Die Jungfrau von Orléans. Romantische Tragödie in 5 Akten, nebst einem Vorspiel von Friedrich v. Schiller. Die zur Handlung gebhörige Musik ist von W. A. Weber. (Johanna, Frau. Pauline Ulrich.)

Sommertheater im Wintergarten. Sonnabend, den 24. Juni. Zum 14. Male: Krethi und Plethi. Volksthum mit Gesang und Tanz in 3 Akten und 9 Bildern, nach A. Werla von D. Kalisch. Musik von Contradi. Anfang des Concerts 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr. Nach der Vorstellung Fortsetzung des Concerts.

II. Alte Taschenstraße II. Anthropologisches Museum von S. Feiler, anatomischem Modelleur. Wegen Vorbereitungen zur Abreise nur von 12 Uhr an geöffnet. Entree 5 Sgr. [7383]

Neue städtische Ressource. Sonntag, den 25. Juni (bei günstiger Witterung): Früh-Concert im Schlegelwerder. [6919]

Dankfagung. Wenn irgend etwas im Stande war, mich in meinem namenlosen Schmerz zu trösten, so war es die allgemeine Theilnahme, die sich bei der Beerdigung meines guten Mannes kundthat. Ich sage daher allen, die ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleitet haben, den tiefgefühltesten Dank. Möge der liebe Gott jeden vor solchen Schicksalsschlägen bewahren. verw. Ernestine Foltmann, geb. Bieler. [7398]

Dankfagung. Für die so zahlreiche Beilegung bei dem Begräbnis meines seligen Mannes sage ich Allen meinen tiefgefühltesten Dank. verw. Anna Rufe.

Walhalla's Sommergarten. Alte Taschenstraße Nr. 21. Heute Sonnabend: Grosses Concert. Anfang 6 Uhr. Von 10 Uhr ab: Großer Sommernachts-Ball. A. Seiffert.

Deutscher - Kaiser - Garten. (Friedrich-Wilhelms-Strasse Nr. 13.) Heute Sonnabend den 24. Juni: [7390] großes Militär-Concert, ausgeführt von der Kapelle des kgl. vierten niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 51 unter Leitung des Musikmeisters Herrn A. Förner. Anfang 6 Uhr. Entree à Person 1 Sgr. Lagerbier vom Eise. Restauration à la carte.

Judenthum und seine Geschichte. Zweite Abtheilung: Von der Begründung des zweiten Tempels bis zum Ende des zwölften Jahrhunderts. In zwölf Vorlesungen. Nebst einem Anhange: Offenes Sendschreiben an Herrn Prof. Dr. Holzmann. Von Dr. Abraham Geiger, Rabbiner der israel. Gemeinde zu Frankfurt a. M. Gr. 8. Gebf. Preis 1 Thlr.

Die günstige Aufnahme und große Verbreitung, deren sich die erste Abtheilung dieses Epochen machenden Werkes zu erfreuen hatte, werden voraussichtlich auch dieser zweiten Abtheilung zu Theil werden. Die dritte Abtheilung, die neuere Zeit umfassend, mit welcher das Werk beschlossen wird, erscheint zu Anfang des Jahres 1866. Die erste Abtheilung: „Die zur Begründung des zweiten Tempels“, 12 Vorlesungen, mit Anhang: Kenan und Strauß, 2. Aufl., 1865, Preis 1 Thlr., ist jetzt wieder durch alle Buchhandlungen zu beziehen. [6938]

So eben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen: Die Erhebung des Arbeiterstandes zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit. Von Professor Dr. J. C. Glafer. [6911] Preis 7/8 Sgr. Die Expedition der Glafer'schen Jahrbücher in Berlin, Hirschelstraße 4.

L. Gansel's Klemptner-Werkstatt befindet sich jetzt: [7226] Neusche-Strasse Nr. 45, im roten Hause.

Den Bandwurm beseitigt leicht und vollständig durch versendbares Medicament Dr. med. Kaeschel. Wigandsthal, Ober-Lausitz. [5281]

Regelmäßige Dampfschiffahrt Stettin-Copenhagen. A. 1. Dampfer „Stolz“ Capitän Ziemle. von Copenhagen jeden Mittwoch Mittag. Stettin jeden Sonnabend Mittag. Cajüte 4 Thlr. Deckplatz 2 Thlr. [4299] Rud. Christ. Gröbel in Stettin.

Alle Sorten Kinderwagen und Gestelle, sowie Krankenfahrstühle, empfiehlt bei solider Bedienung: [6917] G. A. Räther, Reiz, Prob. Sachsen. Preisliste mit Zeichnungen erfolgen auf frankirte Buchstaben franco.

Abhmische Bettfedern und Daunen en gros empfangen frische Sendung und offeriren billigst: Jul. Bewald & Co., Karlspl. 1.

Kunst - Ausstellung.

Bereits seit mehreren Jahren ist die Einnahme des Tages, welcher auf den Schluss der Kunst-Ausstellung folgt, von Seiten des verehrlichen Kunstvereins unserem Fonds überlassen worden. Auch diesmal erfreuen wir uns dieser Begünstigung. Wir ersuchen daher ein wohlwollendes Publikum, wegen des wohlthätigen Zweckes um recht zahlreichen Besuch am Montag, den 26. Juni. Entree 5 Sgr. Mehrbeträge werden dankbar angenommen. Breslauer Künstler-Wittwen-Kasse.

Heute Sonnabend den 24. Juni: Johannsfeier im Eichenpark zu Pöpelwitz mit electricischer Beleuchtung.

Concert von 2 Militär-Musik-Chören und Feuerwerk. Beginn des Festes um 4 1/2 Uhr. — Anfang der Beleuchtung durch die electricische Sonne bei eintretender Dunkelheit. Feuerwerk um 9 1/2 Uhr. Zum Schluss wieder electricische Beleuchtung. Eintrittskarten an der Kasse 5 Sgr., Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte, — in den nachbenannten Commanditen 3 Sgr., und zwar bei: Manatschal, Ring 18, Julius Stern, Ring 60, Schwarze & Müller, Oblauerstraße 38, Fr. Karsch, Oblauerstr. 21, Neumann, Neue Sandstraße 5, Schmigalla, Neue Junkenstraße 15, Ed. Gref, Neumarkt 42, M. Klühr, Schweidnitzerstraße 9, Gebr. Keil, Nikolaistraße im Helm, Windler, Neuschtr. 13, Speil, Klosterstr. 1c, Kemmler, Friedrich-Wilhelmsstraße, J. Thomale, Tauenzienstr. 71, P. Reichel, Neuschtr. 60/61, Nöbler's Brauerei, Friedrich-Wilhelmsstraße. Bei eintretender ungemüthlicher Witterung wird die Feier aufgeschoben, und behalten die gelieferten Billets ihre Gültigkeit. [7367]

Die Preussisch-Litauische Zeitung (Königsberger Morgenblatt), Redacteur B. Stein, wird auch in dem mit dem 1. Juli d. J. beginnenden neuen Quartal in unveränderter Form und Tendenz täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen in Gumbinnen und Königsberg gleichzeitig erscheinen. Sie wird nach wie vor die Principien der entschieden freisinnigen Partei vertreten und namentlich die jebeimaligen Tagesfragen in Leitartikeln und Original-Correspondenzen in diesem Sinne besprechen. — Wichtige Nachrichten werden wie stets telegraphisch so schnell wie jede andere Zeitung bringen. — Die Marktberichte und Course von Berlin und den bedeutendsten Plätzen der Provinz werden täglich mitgetheilt. Die Preussisch-Litauische Zeitung ist das in Litauen und Masuren bei Weitem verbreitetste Blatt und eignet sich deshalb ganz besonders zu Annoncen, die in ihr den größten Effect finden. Man abonnirt auf die Zeitung bei allen Postämtern mit 1 Thlr. 15 Sgr. vierteljährlich. Gumbinnen, im Juni 1865. [6915] Die Verleger: Fr. Krauseneck & Sohn.

Priv. Institut für hilfsbedürftige Handlungsdiener. Befußt Vornahme der alljährlichen Revision eruchen wir die aus der Bibliothek entnommenen Bücher bis Sonnabend, den 1. Juli d. J., zurückzuführen, und wird der Termin der Wieder-Ausgabe seiner Zeit bekannt gemacht werden. Breslau, den 22. Juni 1865. [6941] Die Vorsteher.

Die Preussisch-Litauische Zeitung (Königsberger Morgenblatt), Redacteur B. Stein, wird auch in dem mit dem 1. Juli d. J. beginnenden neuen Quartal in unveränderter Form und Tendenz täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen in Gumbinnen und Königsberg gleichzeitig erscheinen. Sie wird nach wie vor die Principien der entschieden freisinnigen Partei vertreten und namentlich die jebeimaligen Tagesfragen in Leitartikeln und Original-Correspondenzen in diesem Sinne besprechen. — Wichtige Nachrichten werden wie stets telegraphisch so schnell wie jede andere Zeitung bringen. — Die Marktberichte und Course von Berlin und den bedeutendsten Plätzen der Provinz werden täglich mitgetheilt. Die Preussisch-Litauische Zeitung ist das in Litauen und Masuren bei Weitem verbreitetste Blatt und eignet sich deshalb ganz besonders zu Annoncen, die in ihr den größten Effect finden. Man abonnirt auf die Zeitung bei allen Postämtern mit 1 Thlr. 15 Sgr. vierteljährlich. Gumbinnen, im Juni 1865. [6915] Die Verleger: Fr. Krauseneck & Sohn.

Ferien - Vergnügungsreise von Breslau bis Bern und zurück. II. Cl. 40 Thlr., III. Cl. 30 Thlr. [6498] Abfahrt 15. Juli Abends. — Billets gültig bis 15. August. — Bei 300 Theilnehmern berechtigt das Billet III. Cl. zur Fahrt II. Cl. zwischen Hof-Lindau 75 M. — Programme zu haben in den Conditoreien der Herren Perini & Comp. und Brunles, Junkernstrasse, S. Steiner, Albrechtsstrasse, und Ch. Freymond, prof. de française, Bischofsstrasse 14, Breslau.

Bitte an alle Behörden und an alle Privatpersonen. Seit Montag den 12. d. M. ist der Rittergutsbesitzer Herr Wilhelm Marsch auf Zbiemendorf bei Grotzen in der Neumark, der an diesem Tage eine Geschäftsreise nach Guben unternommen und von dort aus einen Besuch bei seinem Sohne Paul, Wirtschafts-Geborn auf Cummerow bei Beeslow, beabsichtigt, nicht wieder zurückgekehrt. Weder bei diesem, noch bei seinem anderen Sohne, noch auch bei seinen nächsten Verwandten eingetroffen, liegt die Befürchtung nahe, daß demselben irgend ein Unfall zugefallen sei und sind wir um so bekümmert, als er in letzter Zeit öfters leidend erschienen, ohne solches zugeben zu wollen. Wir richten deshalb an alle Behörden, sowie an Jeden, der Auskunft über den Vermissten zu geben vermöchte, die bürgerliche Bitte, säleunigst und womöglich auf telegraphischem Wege Mittheilung an den Unterzeichneten machen zu wollen und fügen zu weiterer Orientierung das betreffende Signalement bei. Zbiemendorf bei Grotzen a. d. O., den 21. Juni 1865. v. Drygalsti, Major a. D., als Schwager, im Namen der tiefbetrübten Familie.

Signalement. — Größe, ungefähr 5' 9", Alter, 66 Jahr, Statur, hager, Haare, bräunlich, stark grau melirt, Gesichtsfarbe, roth, kleiner Badenbart, Zähne, vollständig. Kleidung: 1) Ueberzieher, dunkelblau, 2) röhlich brauner Tuchrock, 3) Beinkleid, sobiel bekannt, grau, 4) Weste? 5) grauer Filzhut, 6) Wäsche, gez. W. M.

Oberschlesische Stamm-Actien Lit. B. versichern wir gegen die am 1. Juli stattfindende Parl-Verloosung für 7/12 Thlr. pro Stück. [5519] Heymann & Steuer, Breslau, Ring 24.

Brust-Caramellen und Husten-Tabletten empfehle ich hiermit allen Brust- und Lungenleidenden in täglich frischer vorzüglicher Qualität. Gleichzeitig halte auch meine vielen anderen Buderwaaren bei billigster Preisberechnung einer ächtigen Beachtung bestens empfohlen. [5849] S. Czelliger, Conditior, Breslau, Antonienstraße Nr. 4.

En gros. Markt-Anzeige. En détail. Vorgezeichnete Weißwaaren und Metall-Schablonen von A. A. Reimann, Zeichner aus Berlin. Derselbe empfiehlt auch zu diesem Breslauer Markt das Neueste in angefangenen und angezeichneten Stückerien, als: feine Batist-Schlippschen mit echten Spitzen, große Stulpen-Garnituren in Bique und Leinen, mit echtem Zwischenfach u., Modanten, Dedern in allen Größen, auch graue Fischleinen, Tüll und Bique. — Käse, Kragen und Neglige-Taschen, echte Stidbaumwolle, Steppseide, rothes Garn, sowie Buchstaben, Ziffern, Farbe, Pinsel u. Stand wie bisher. Niemegeile, vis-à-vis des Herrn B. Samter, mit weißrother Firma: [6920] A. A. Reimann aus Berlin.

Das Louis Stangen'sche Annoncen-Bureau, Breslau, Karlsstrasse Nr. 42,

befördert Inserate aller Art in sämtliche hiesige und auswärtige Zeitungen täglich und zu Original-Preisen. Bei Inseraten für mehrere Zeitungen ist nur ein Aufsatz nöthig und wird auf Verlangen über jedes Inserat ein Belag geliefert. [6933]

Mein hiesiger Aufenthalt dauert bis Ende August. — Anmeldungen zum Klombiren sowie Bestellungen von Doubletten bitte ich möglichst zeitig an mich gelangen zu lassen. [7373] Zahnarzt Block, Neue Taschenstr. 1b. Sprechstunden von 9-1 und 3-5 Uhr.

Gestern wurde ausgegeben: Landw. Zeitung für Posen, Nr. 12. Redigirt von Wilh. Janke. Verlag von Eduard Trewendt in Breslau. Inhalt: Die Landwirtschaft und die Industrie unserer Zeit und unserer Lande im Allgemeinen und insbesondere im Großherzogthum Posen. — Die Arbeiternoth. — Die Stammzucht der Schafherden im Großherzogthum Posen. Nach W. Zankowski von J. R. Friß. (Schluß). — Ueber Kompostbereitung. (Schluß). — Benutzung der Lupinenwurzel. Von v. Wannenemik. — Landwirtschaftliche Berichte. — Wochentalender. — Marktpreise. Wöchentlich 1 Bogen. — Vierteljährlicher Pränumerationspreis. 22 1/2 Sgr. — Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen Bestellungen an. [6926]

Inserate f. d. Landwirtsch. Anzeiger VI. Jahrg. N. 26 (Beiblatt zur Schles. Landwirtschaftlichen Zeitung) werden bis Dinstag angenommen in der Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstr. 20.

Bekanntmachung. [1110] In dem Konkurse über das Vermögen der Handelsgesellschaft A. Juliusburger und Comp. zu Breslau, ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Aktord, ein Termin auf den 7. Juli 1865, Vormittags 9 Uhr vor dem unterzeichneten Commissar im Termins-Zimmer der I. Abtheilung, 2 Treppen hoch rechts, anberaumt worden. Die Theilhabenden werden hieron mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkurs-Gläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekensrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Aktord berechtigen. Breslau, den 16. Juni 1865. Königl. Stadt-Gericht. Kommissar des Konkurses: Fark.

Bekanntmachung. [1111] In unser Firmen-Register ist Nr. 490 das Erbschen der Firma: E. Kopaczewski hier heute eingetragen worden. Breslau, den 15. Juni 1865. Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [1112] In unser Firmen-Register ist Nr. 422 die von den Kaufleuten Louis Freund und Louis Suttmann, beide hier, am 15. Mai 1865 hier unter der Firma: Freund & Suttmann errichtete offene Handelsgesellschaft heute eingetragen worden. Breslau, den 15. Juni 1865. Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [1113] In unser Firmen-Register ist Nr. 1862 die Firma: W. Jacoby hier, und als deren Inhaber der Kaufmann Moritz Jacoby hier, heute eingetragen worden. Breslau, den 15. Juni 1865. Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [1108] In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Leopold Traube zu Ujest ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Aktord ein Termin auf den 6. Juli 1865, Vormittags 10 Uhr, in unserm Gerichtslokal, Termins-Zimmer Nr. 2, vor dem unterzeichneten Commissar anberaumt worden. Die Theilhabenden werden hiervon mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekensrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Aktord berechtigen. Gr.-Strehlitz, den 17. Juni 1865. Königl. Kreis-Gericht. Der Kommissar des Konkurses: Rohmer.

Nothwendiger Verkauf. Kreis-Gericht zu Lüben. I. Abtheilung. Das der verehelichten Conrad, geborenen Robert, gebörige, sub Nr. 18 zu Westfätersdorf belegene Bauergut, abgeschätzt auf 5069 Thlr. 20 Sgr. 10 Pf., soll am 1. November 1865, Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle zu Lüben subhastirt werden. Lage und Hypothekenschein sind in unserem Botenname einzusehen. Die unbenannten Realpräventenden werden aufgefordert, sich zur Vermeidung der Präclusion spätestens in diesem Termin zu melden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substitutions-Gericht anzumelden. [735]

Bekanntmachung. [1102] Das Convectorat an der hiesigen evangelischen Stadtschule, mit welchem neben freier Wohnung ein Gehalt von 300 Thlr. verbunden ist, soll bald wieder besetzt werden. Qualificirte, pro rectoratu geprägte Bewerber wollen sich unter portofreier Einbringung ihrer Zeugnisse bis zum 5. Juli d. J. bei uns melden. Wohlau, den 19. Juni 1865. Der Magistrat.

In dem kaufmännischen Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Konstantin Hartmann ist der Gerichtsschreiber in Vertretung des Justizraths...

Bekanntmachung. Die in einem Firmen-Heft unter Nr. 126 eingetragene Firma des Kaufm. Theodor Voettger zu Reinerz...

Konkurs-Eröffnung. [1117] Kgl. Kreis-Gericht zu Hofenberg O. S. Erst-Abtheilung.

Den 22. Juni 1865, Nachmittags 5 Uhr. Ueber das Vermögen der Handlung L. S. Weigert's Nachfolger...

Am einstweiligen Verwalter der Masse ist der hiesige Kaufmann Siegfried Schlegel bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf den 3. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Abhandeln und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von ten in ihrem Besitze befindlichen Papiere...

Wir haben die ausschließliche Vertretung der Herren Clayton Shuttleworth & Co. Lincoln, weltberühmte Locomobilen und Dreschmaschinen...

Die Reduction in der Steuer von Schmiede-Eisen von 6 Thlr. auf 2 1/2 Sgr. per Zoll-Centner beträgt bei Clayton Shuttleworth's Maschinen...

Hiermit die ergebene Anzeige, daß wir Herrn A. Grunwald in Ratibor unsere alleinige Vertretung in Oberschlesien übergeben haben...

Die königl. concessionirte Viehsalz-Leckstein-Fabrik. G. Hoyer & Co.

Bezugnehmend auf vorstehende Annonce bin ich zu jeder Auskunft über die patentirten Hoyer'schen Viehsalz-Lecksteine...

Pferde-Verkauf. Mit einem Transport von circa 50 Stück eleganten Reit- und Wagenpferden...

Umzüge. Bittet unterzeichnetes Institut ein hochgeehrtes Publikum geneigtest jetzt anmelden zu wollen...

Ein Hof zum freundlichen Gai in Wernersdorf, in der Nähe von Warmbrunn, eine Stunde vom Bahnhof Reibitz...

Feuerwerk für Salons und Gärten, gefahrlos, aus freier Hand abzubrennen, empfiehlt in großer Auswahl R. Gebhardt's Papier-Handlung...

Für nur 7 Sgr. 100 Bistren-Karten, den Namen weißgeprägt. Für nur 9 Sgr. 100 Bistren-Karten, den Namen schwarz gedruckt...

Für nur 12 Sgr. 100 extrafeine lithographirt: Bistren-Karten von gutem Glacé-Carton.

Stier-Verkauf. Sprungfähige Stiere von ostpreussischer Kreuzung hat das Dominium Jäzendorf bei Gnadenfrei zu verkaufen.

Tristar, Scheitel, Staub- und Kinder-Gummistämme, leger d. St. von 2 Sgr. an, empfiehlt: Ad. Zepler, Nikolaistraße 81...

Markt-Anzeige. Weiße reine Leinwand von Hand, gefärbt in ganzen und halben Schoden, weißen Schirting in Weben...

Wiener Zündrequisiten von A. M. Pollad in Wien, Reibhölzer in verschiedenen Sorten, Reibwachslichte, Cigarrenzunder offerirt: E. S. Schwarz, Oblauerstr. Nr. 21.

76. Reise-Koffer, 76. Reise-Effekten eigener Fabrik, empfiehlt 76. Louis Pracht, Oblauerstraße 76.

Präparirte Filzringe zur schmerzlosen Beseitigung der Hühneraugen und Ballen, das Stück 1 Sgr., 12 Stück 10 Sgr. E. S. Schwarz, Oblauerstr. Nr. 21.

Wichtig für Hotelbesitzer, Gastwirthe etc. [7122] Wiener Zündhölzer mit und ohne Schwefel, empfiehlt billigt: D. Wurm, Nikolaistr. 16.

Feinste Strahlenstärke à Pfd. 2 1/2 Sgr., Buchbinderstärke à Pfd. 1 1/2 Sgr., bei 5 Pfd. billiger. [7121] An Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen. D. Wurm, Nikolaistraße 16.

Zur Destillateure stets Lager bester, frischer Lindentoble bei F. Philippsthal, Nikolaistraße Nr. 67.

Astrachaner Caviar, Elb- und russische Reunaugen, Bädlinge, Spedlundern, marin. Kollaal, Bratberinge, feinste neue Heringe, von frischen Zufuhren empfiehlt G. Donner, Neumarkt 44.

Eine Directrice für eine Wollen-Waare-Fabrik in Oberschlesien wird zum möglichst baldigen Antritt gesucht.

Ein Mädchen ansässiger Eltern, vertraut mit der feinen Koch-Kunst, sucht Stellung als Gehilfin der Hausfrau oder als Reisebegleiterin.

Ein der polnischen Sprache mächtiger, in der Buchführung bewandeter junger Mann findet vom 1. Juli ab eine Anstellung als zweiter Beamter mit 100 Thlr. Gehalt auf dem Dominium Salech bei Leschnitz.

Ein Commis, Spezerist, und im Schnittwaarengeschäft gut bewandert, dem die besten Referenzen zur Seite stehen, sucht baldigst oder zum 1. Juli ein Unterkommen franco poste rest. Gleiwitz sub R. Sw. Nr. 22. [6880]

Ein junger Mann (jüdischer Confession), noch activ, sucht vom 1. Juli d. J. im Weißwaarengeschäft anderweitiges Engagement.

Ein gut empfohlener Commis, Materialist, der deutsch und polnisch spricht, mit Buchführung und Correspondenz vertraut ist, sucht zum 1. Juli d. J. Stellung als Verkäufer, Lagerdiener etc.

Ein Gastechniker, sowohl im Betriebe als Neubau ausgebildet, jezt den Bau einer Gasanstalt mittlerer Größe leitend, sucht entweder bald oder nach Beendigung desselben eine feste Stellung als Betriebs-Direktor.

Als Stimmer für Flügel, Pianinos und Tafelpianinos empfiehlt sich der Unterzeichnete. Ueber seine Leistungen erlaubt derselbe sich auf die Herren Mager frères, Jul. Mager, Kuhlbröck u. Scholl, Th. Raymond und G. Weid zu berufen.

Breslauer Börse vom 23. Juni 1865. Amtliche Notirungen.

Table with columns for various commodities and their prices, including Wechsel-Course, Gold- und Silber-Course, and various types of flour and oil.

Vortheilhafter Gutstauf. Ein Bhm. Gut 1/2 Meile vom Bahnhof der Südbahn und einem Städtchen freundlich gelegen, 440 Morgen groß, gut arborirt...

Ein Bildhauer, welcher im Schreibe- und Verzierungsfach vorkommt, findet bei gutem Lohn und Unterhalt ein Unterkommen. [6844] Quarz bei Glogau. J. Knappe, Stein- und Bildhauer.

Tüchtige Maurergesellen, vorzüglich feine Putz-Arbeiter, werden bei erbhöhter Lohnzahlung zum sofortigen Antritt verlangt vom Maurermeister Jäger, Posen, Gr. Ritterstraße Nr. 7. [6834]

Ein Kunstgärtner, der mit Ananas-Cultur, Obstbaumzucht, Blumen und Gemüsebau auf das vollkommenste vertraut, treu, fleißig, nützlich, moralisch gut gebildet, was seine Atteste nachweisen, wünscht vom 1. October eine dauernde Stelle, gleichviel in welcher Gegend; derselbe ist verheiratet, bis jetzt ohne Familie.

Der Wirtschaftsführer-Posten auf dem Dom. Jäzendorf, bei Gnadenfrei, ist zum 1. October d. J. zu besetzen. Hierauf Reflectirende wollen sich entweder persönlich oder schriftlich unter Einreichung ihrer Zeugnisse portofrei beim Wirtschafts-Amt daselbst melden. [7332]

Ein Artillerist, welcher im Herbst d. J. als ausgedient zur Reserve entlassen wird, sucht eine Stelle als herkömmlicher Diener; derselbe war 2 Jahre Butsche bei verheirateten Stabsoffizieren, hat sich vorzüglich gut geführt und kann als gewandter und wahrhaft treuer Diener nur auf das Angelegentlichste empfohlen werden.

Ein junger Mann mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen, kann sofort als Lehrling eintreten bei Gräfe & Co., Schweidnitzerstr. 51. [7387]

Zu vermietten und zu Johanni d. J. zu beziehen sind Herrestraße 20 zwei Wohnungen, eine von 3 Stuben und Küche und eine von 2 Stuben und Küche etc., ferner ein großes Gemölde mit Schaufenster, neu eingerichtet. Das Nähere beim Hausbesitzer zu erfahren. [6923]

Lotterie-Loose und Anthelle verf. billigt: Goldberg in Berlin, Gesundbrunnen. Lotterie-Loose, 1/4 bis 1/2, verendet billigt: Labandter, Berlin, Neue Köstritzerstr. 11. Lott.-Loose 1/4 bis 1/2 verf. Bach, Berlin, Moltkenm. 14, 2 Lr.

Preise der Cerealien. Amtliche (Neumarkt) Notirungen. Breslau, den 23. Juni 1865. feins, mittl., ord. Waare.

Table showing prices for various types of wheat and flour, such as Weizen, Weizen, Weizen, etc.

Amtliche Börsennotiz für loco Kartoffel-Spiritus pro 100 Quart bei 80% Tralles 14 B. 1 1/2 G.

Magdeburger Cichorie, von allen Sorten und Packungen, empfiehlt zu den billigsten Fabrikpreisen die Niederlage von C. W. Schiff, Neufährstraße 58/59. [6939]

Joseph Just in Leobschütz, Klosterstraße.

Verantw. Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.